

## 40. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

**Donnerstag, 06.04.2017**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

| Namen der Mitglieder des Gemeinderates  |                                  |                   |
|---|----------------------------------|-------------------|
| anwesend  | abwesend                         | Abwesenheitsgrund |
| <b>Vorsitzender:</b><br>Erster Bürgermeister<br>Andreas Kemmelmeier   |                                  |                   |
| <b>Niederschriftführer:</b><br><br>Lothar Kipp  |                                  |                   |
| <b>Gremiumsmitglieder:</b><br>Betina Mäusel<br>Johann Zehetmair<br>Manfred Axenbeck<br>Josef Ebert<br>Dr. Günther Ernstberger<br>Sabine Fister<br>Simone Guist<br>Udo Guist<br>Lorenz Ilmberger<br>Albert Kirnberger<br>Franz Klietsch<br>Edith Michal<br>Gertrud Mörike<br>Günter Peischl<br>Andreas Post<br>Manuel Prieler<br>Marianne Rader<br>Jutta Schödl<br>Philipp Schwarz<br>Franz Solfrank<br>Manfred Unterstein<br>Thomas Weingärtner |                                  |                   |
|   | Gisela Fischer<br>Johannes Mecke |                   |

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen die Gemeinderatsmitglieder Frau Fischer und Herr Mecke.

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung gratuliert der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Frau Michal, Herrn Klietsch sowie Herrn Guist nachträglich recht herzlich zum Geburtstag. Da Herr Guist einen runden Geburtstag feiern konnte, überreicht der Vorsitzende ein Präsent der Gemeinde.

Der Vorsitzende gibt ein Schreiben von Herrn Staatsminister Herrmann bekannt. Inhaltlich geht es hierbei um die Stärkung der S-Bahnlinie S-8 durch den erweiterten Einsatz von Langzügen.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

#### 547 23 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 23:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024  
Hauptamt

#### 548 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024  
Hauptamt

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

549      23      **Sachstandbericht zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie für  
verschiedene Lösungen zur Reduzierung des Verkehrs auf der  
Münchner Straße (Tunnellösung)**

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 10.12.2015, Nr. 305 (Abstimmungsergebnis 13:10), in Erinnerung:

Auf Grund der Anregung von Herrn Werner Spitzweg in der Bürgerversammlung am 15.10.2015 (mit Schreiben vom September 2015 fixiert), erneut eine Ortsumfahrung zu überprüfen und des Antrages der CSU Fraktion vom 27.11.2015 verschiedene Tunnellösungen in Auftrag zu geben, erklärt sich die CSU-Fraktion damit einverstanden, eine gemeinsame Beschlussfassung zu dieser Thematik zu fassen.

Die Verwaltung wird beauftragt eine Machbarkeitsstudie für verschiedene Tunnellösungen sowie Prüfung und Untersuchung einer Ortsdurchfahrt zur Reduzierung des Verkehrs auf der Münchner Straße / im Gemeindegebiet in Auftrag zu geben. In die Überlegungen soll eine mögliche Untertunnelung der Münchner Straße im Zuge des vierspurigen Ausbaus des Föhringer Rings auch mit einbezogen werden.

Mit der Durchführung der Machbarkeitsstudie wurde Herr Prof. Dr.-Ing. Harald Kurzak, Professor an der TU München und beratender Ingenieur für Verkehrsplanung, beauftragt. Die „Verkehrsprognose Unterföhring – Entlastungswirkung eines Tunnels unter der Münchener Straße“, Stand: 21.12.2016, wurde den Gremiumsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Prof. Kurzak empfiehlt hier, dass der zweispurige Tunnel auf dem vierspurigen Abschnitt der Münchner Straße zwischen der Einmündung Mitterfeldallee und der Einmündung Hofäckerallee beginnt und nördlich des Isarkanals vor der Unterföhrung des Autobahnringes A99 wieder auftauchen.

Für die Münchener Straße würden sich somit folgende Entlastungen ergeben:

Abschnitt Hofäckerallee – Bahnhofstraße:  
- 46 % von 17.600 auf 9.500 Kfz/Tag

Abschnitt Bahnhofstr. – Johanneskirchner Straße:  
- 52 % von 15.300 auf 7.400 Kfz/Tag

Abschnitt Johanneskirchner Straße – Ahornstr.:  
- 60 % von 13.800 auf 5.600 Kfz/Tag

Abschnitt Ahornstraße – Aschheimer Straße:  
- 66 % von 13.700 auf 4.600 Kfz/Tag

Insgesamt könnte die Münchner Straße als Ortsdurchfahrtsstraße durch die o. g. Tunnelvariante um ca. 50 – 60% entlastet werden.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 16 : 7

Der Gemeinderat nimmt die „Verkehrsprognose Unterföhring – Entlastungswirkung eines Tunnels unter der Münchener Straße“, Stand: 21.12.2016, von Herr Prof. Dr.-Ing. Kurzak, München, zur Kenntnis und ermächtigt die Verwaltung eine Kostenschätzung für die o. g. Tunnellösung in Auftrag zu geben. Sobald diese vorliegt ist das Gremium in einer der kommenden Sitzung über den aktuellen Sachstand in Kenntnis zu setzen.

AZ 611  
Bauamt

550

23

#### **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV):** **Einsatz von Elektrobussen, Ortsbuslinie 232; Sachstandsbericht**

Der Vorsitzende erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 21.01.2016, Nr. 331, vom 12.05.2016, Nr. 399, vom 22.09.2016, Nr. 450, vom 13.10.2016, Nr. 474 und vom 12.01.2017, Nr. 2017.

Mit Bericht der Projektsteuerer, der VCDB VerkehrsConsult Dresden-Berlin GmbH, vom 31.01.2017 wurden die Zwischenergebnisse der Projektstufe 1 im Zeitraum vom 01.09.2016 bis 31.01.2017 dargestellt. Die Ergebnisse wurden bereits in der Gemeinderatssitzung am 12.01.2017, Nr. 507 bekanntgegeben. Nach erfolgreichem Abschluss der Projektstufe 1 erfolgt die Durchführung der Leistungen in Projektstufe 2 im Zeitraum vom 01.02.2017 bis 30.09.2017. Wesentliche Inhalte dieser Leistungen sind die Ausschreibung der Infrastruktur (Ladestation) sowie eine Informationsveranstaltung für interessierte Verkehrsunternehmen im MVV-Regionalbusverkehr zum Pilotprojekt der Elektrifizierung der MVV-Regionalbuslinie 232 im Ortsverkehr Unterföhring. Hier sollen die Verkehrsunternehmen über die Rahmenbedingungen, den Stand der Umsetzung des Projektes sowie den Zeitplan informiert werden. Die Veranstaltung findet am 10.04.2017 im Rathaus der Gemeinde Unterföhring statt.

Wie im Gemeinderatsbeschluss vom 22.09.2016, Nr. 450, bereits mitgeteilt wurde, ist bis zur Vergabe des Verkehrsvertrages, vs. im Juli 2018, eine vorzeitige Beendigung des Pilotprojektes jederzeit möglich. Nach der Vergabe ist dies nicht mehr möglich.

Die Fortführung des Projektes wird empfohlen.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 851  
Bauamt

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

551

23

#### **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV):** **Isarau-Bus; Festlegung der Tarifstrukturen für den zweijährigen** **Erprobungszeitraum**

Der Vorsitzende erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 30.07.2015, Nr. 255, 21.01.2016, Nr. 331, 22.09.2016, Nr. 449, 13.10.2016, Nr. 474 und 12.01.2017, Nr. 506.

Nachdem sich der Gemeinderat für einen Erprobungszeitraum von zwei Jahren für den Einsatz eines Kleinbusses außerhalb des MVV-Systems aussprach, wurde vor Beginn der Dienstleistungs-Ausschreibung mit der Regierung von Oberbayern bezüglich Liniengenehmigung Kontakt aufgenommen. Die Regierung teilte mit, dass sie dem zweijährigen Erprobungszeitraum, beginnend mit dem Fahrplanwechsel ab Dezember 2017 bis Dezember 2019, als genehmigungsfähig erachtet. Allerdings muss seitens der Gemeinde Unterföhring noch eine Tarifstruktur vorgelegt werden.

Folgende Tarifstruktur wird seitens der Verwaltung (kundenfreundlich orientiert) vorgeschlagen:

Pro Fahrtstrecke (Einzelfahrschein):

0,50 € für Kinder, Rentner, Schwerbeschädigte, Sozialhilfeempfänger,  
Studenten/Auszubildende

1,00 € alle Weiteren

Jahreskarte:

60,00 € für Kinder, Rentner, Schwerbeschädigte, Sozialhilfeempfänger  
Studenten/Auszubildende

120,00 € alle Weiteren

Monatskarte:

10,00 € für Kinder, Rentner, Schwerbeschädigte, Sozialhilfeempfänger,  
Studenten/Auszubildende

20,00 € alle Weiteren.

Die vorgeschlagene Tarifstruktur wurde dem Landratsamt als auch dem MVV mitgeteilt. Diese erhoben keine Einwände.

Weiterhin wird vorgeschlagen, dass die Buslinie den Namen „Isarau-Bus“ erhält. Der Name sollte sich gleichzeitig auf dem Bus mit dem Unterföhringer Wappen wiederfinden (z.B. als Folie an den Seiten des Fahrzeuges).

Als Taktung wurde sich in der Gemeinderatssitzung vom 12.01.2017, Nr. 506, bereits ausgesprochen, dass innerhalb des Erprobungszeitraum ein 60-Minuten-Takt mit Bedienung der Haltestellen von Montag bis Samstag von 07:00 Uhr bis 19:00 Uhr erfolgen soll.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Es ist vorgesehen, dass die Fahrkarten im Bus beim Busfahrer gekauft werden können.

Beschluss: 15 : 8

Der Gemeinderat spricht sich für folgende Tarifstruktur aus:

Pro Fahrtstrecke (Einzelfahrschein):

0,50 € für Kinder, Rentner, Schwerbeschädigte, Sozialhilfeempfänger, Studenten/Auszubildende

1,00 € alle Weiteren

Jahreskarte:

60,00 € für Kinder, Rentner, Schwerbeschädigte, Sozialhilfeempfänger Studenten/Auszubildende

120,00 € alle Weiteren

Monatskarte:

10,00 € für Kinder, Rentner, Schwerbeschädigte, Sozialhilfeempfänger, Studenten/Auszubildende

20,00 € alle Weiteren.

Diese Tarife sind in der Ausschreibung mit zu berücksichtigen.

Die Buslinie erhält den Namen „Isarau-Bus“. Der Name soll sich ebenfalls auf dem Bus mit dem Unterföhringer Wappen wiederfinden, z.B. als Folie an den Seiten des Fahrzeuges.

AZ 851  
Bauamt

552 23

**Verkehrskonzept zur Verbesserung der Erschließung des Gewerbegebietes östlich der S-Bahn; Antrag der CSU Fraktion zur Modifikation Süd-Östlicher Bypass Kreisverkehr M 3/Dieselstraße; Stellungnahme des Staatlichen Bauamtes Freising und weiteres Vorgehen**

Der Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 13.04.2016, Nr. 381, 13.10.2016, Nr. 466 und vom 09.02.2017, Nr. 514. In letzterem Beschluss wurde die Verwaltung beauftragt den bestehenden Kreisverkehr M 3 / Dieselstraße gemäß Vorgaben zu überplanen. Die Vorgaben zur Umplanung des bestehenden Kreisverkehrs aus der Gemeinderatssitzung vom 09.02.2017, Nr. 514, wurden dem Staatlichen Bauamt Freising als auch dem Landratsamt München mitgeteilt. Mit E-Mail vom 17.03.2017 teilte das Staatliche Bauamt Freising, nach Rücksprache mit

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

dem Landratsamt München mit, dass die vorgelegte Planung nicht genehmigt werden kann. Eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit kann nicht gesehen werden, da das Kernproblem der überschneidenden Verkehrsströme aus München kommend Richtung Gewerbegebiet und von der A99 kommend Richtung München nicht gelöst wird. Durch die sehr kurze Einfädelspur aus Richtung München kommend fällt die Steigerung der Leistungsfähigkeit deutlich geringer aus, als bei dem vom Ingenieurbüro Bichler & Klingenmeier geplanten Bypass östlich des Kreisverkehrs. Ebenso ergeben sich hinsichtlich der Verkehrssicherheit einige Problempunkte, wie z.B. durch die deutlich zu kurzen Aus- und Einfädelspuren vor dem Hintergrund der enorm hohen Verkehrsbelastung. Dadurch treten Auffahrunfälle vermehrt auf. Darüber hinaus ist keine Lösung für die Überschneidung der Einfädelspur aus dem Gewerbegebiet mit der derzeit vorhandenen Tankstellenaus- und einfahrt im Zuge der Kreisstraße vorhanden.

Aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Leistungsfähigkeit am betroffenen Streckenabschnitt der Kreisstraße M3 ist als kurzfristige Verbesserung des Verkehrsablaufes der vom Ingenieurbüro Bichler & Klingenmeier vorgeschlagene Bypass östlich des Kreisverkehrs zu empfehlen. Der Bürgermeister gibt die E-Mail vom 17.03.2017 bekannt.

Beschluss: 9 : 14

Nach dem Ergebnis der Prüfung und Mitteilung durch das Staatliche Bauamt Freising, in Rücksprache mit dem Landratsamt München, mit E-Mail vom 17.03.2017, dass die vorgelegte Überplanung entsprechend des Gemeinderatsbeschlusses vom 09.02.2017, Nr. 514, nicht genehmigungsfähig ist, spricht sich der Gemeinderat für die vom Ingenieurbüro Bichler & Klingenmeier vorgeschlagene genehmigungsfähige Variante, aus dem Beschluss des Gemeinderates vom 13.04.2016, Nr. 381, Punkt 5, Süd-östlicher Bypass Kreisverkehr M3/Dieselstraße, aus:

Der Kreisverkehr soll mit einem Bypass (lange Aufweitung) für den Verkehr auf der M3 aus Fahrtrichtung München in Fahrtrichtung A99 mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 565.000 € brutto ausgestattet werden.

Gemäß den aus der Mikrosimulation abgeleiteten Ergebnissen des Ingenieurbüro Dr. Brenner, Aalen soll eine Lichtsignalanlage (nur Rot-Gelb) vor der Einfahrt in den Kreisverkehr für die Abbieger in die/aus der Dieselstraße eingeplant werden. Bei erhöhter Staubbildung auf der M3 Richtung Norden/Süden soll die Lichtsignalanlage entsprechend nachgerüstet werden.

Nachdem der Beschlussvorschlag keine Mehrheit findet, gilt er als abgelehnt.

AZ 631  
Bauamt

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

553      23      **Gemeindeeigenes Objekt an der Münchner Straße 73 (ehemalige Gaststätte Gockl); Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen**

Der Vorsitzende erinnert an den Antrag der CSU-Fraktion vom 09.10.2015, eingegangen am 13.10.2015, zum Abriss und Neubau des südlichen Teils des gemeindlichen Objektes "Gockl" an der Münchner Straße 73 zur Realisierung notwendiger Stellplätze auf dem Grundstück, einer gastronomischen Nutzung im Erdgeschoss und der Wohnungs- bzw. Appartementnutzung im 1.OG, 2.OG und DG. Diesem Antrag wurde in der Gemeinderatssitzung vom 12.11.2015, Nr. 289, wie Folgt zugestimmt:

„Um das Ortsbild und den Charakter des bestehenden Ensembles zu erhalten sind für den Bereich der Münchner Straße / Kirchenweg Vorschläge (Planverfahren) mit folgenden Eckpunkten zu erarbeiten:

- a) Abriss des Bestandsgebäudes.
- b) Die Stellplätze sind in einer Tiefgarage einzuplanen, dabei ist die mögliche Anzahl an Stellplätzen zu ermitteln.
- c) Im Erdgeschoss ist - wie bisher - eine gastronomische Nutzung vorzusehen.
- d) Im 1. und 2. Ober- sowie im Dachgeschoss ist - wie bisher- eine Wohnnutzung vorzusehen.
- e) Die bestehende Metzgerei soll mit in die Planungen einbezogen werden (Erhaltung des Bestandes mit entsprechendem Anbau des Neubaus).
- f) Es ist eine Kostenschätzung für die geplante Maßnahme (Planvarianten)“ zu ermitteln und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Die Beschlussfassung wurde zur Ermittlung der Planungsvarianten sowie der geschätzten Baukosten an das Architekturbüro Hall, München, weitergeleitet. In der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 21.02.2017, Nr. 372, wurden dem Ausschuss die Varianten A1, A2, B1, B2 sowie C1 und C2 vorgestellt. Aus der Mitte des Gremiums wurde hier zum Ausdruck gebracht, dass die Varianten A1 + A2 favorisiert werden und dies als Empfehlung an den Gemeinderat formuliert wird.

#### Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende gibt einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.04.2017 bekannt. Der Antrag lautet wie folgt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Das ehemalige Gockl-Gebäude bleibt erhalten und wird saniert. Im Erdgeschoss bleiben die Räumlichkeiten als Gastronomiebereich (Saal mit Kücheneinheit) erhalten und können beispielsweise durch die Metzgerei als Kantinenbetrieb für die Mitarbeiter der Gemeinde genutzt werden. Die oberen Stockwerke sollen zu Büro- und kleineren Besprechungsräumen bzw. Fraktionsräume für die Gemeindeverwaltung umgebaut werden. Das Dachgeschoss soll als Seminar/-Besprechungsraum ausgebaut werden.



## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Ebenso wäre anzudenken, die Räumlichkeiten im Erdgeschoß den Vereinen und Bürgern für Festlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Im Untergeschoss sind die Sanitärräume nach den Anforderungen zu planen und auszubauen. Darüber hinaus können dort Lagerräume entstehen. Im Erdgeschoß soll eine Behindertentoilette vorgesehen werden.

Nach Möglichkeit sollte der Umbau der Geschosse und Räume auch behinderten-freundlich erfolgen (Inklusion).

#### Begründung:

Das ehemalige Gockl-Gebäude prägt das Ortsbild von Unterföhring. Das Gebäude soll in seiner Größe und Optik weitgehend erhalten bleiben. Durch die Nähe zu den gemeindlichen Infrastruktureinrichtungen (Bürgerhaus, Pfarrvilla, Rathaus und Schule) dient es ideal als Ergänzung zum Gemeindeleben. Der Platz um das Kriegerdenkmal kann entsprechend optisch ansprechend weiter ausgestaltet werden.

Der Erhalt des Gebäudes mit der Umnutzung schafft über die nächsten Jahre den Raum und die Zeit, um sich über ein Gesamtkonzept des kompletten Kreuzungsbereiches Münchner Straße / Bahnhofstraße / Kanalstraße/Kirchenweg Gedanken zu machen.

Dieser städtebaulich äußerst wichtige Ortsbereich sollte vor Abriss des bestehenden Geckl-Gebäudes in seiner Gesamtheit untersucht werden. Ein Abriss zum jetzigen Zeitpunkt und ein Neubau an gleicher Stelle würde ein urbanes Gesamtkonzept erschweren.

Mit einer wachsenden Gemeindeverwaltung und den Mehraufgaben steigt die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im bestehenden Rathausgebäude ist das Raumangebot erschöpft. Deshalb werden dringend Büroflächen gesucht, um bis zum Neubau des Rathauses die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in angemessenen Räumlichkeiten zu beschäftigen. Mit dem Umbau in Büroflächen könnten auch die Fraktionen aus dem Rathaus ausgelagert werden, und somit schnell Platz geschaffen werden.

Da aufgrund der baurechtlichen Gegebenheiten eine öffentliche Gaststätte nicht betrieben werden kann, durch den Abriss der Gemeindehalle aber eine Fläche für Veranstaltungen fehlt, liegt es bei einem Erhalt des Gebäudes nahe, diesen Bereich eventuell auch so zu gestalten, dass Mitarbeiter diesen als Kantine nutzen, zumal in den oberen Geschossen die Verwaltung ausgelagert werden soll und am Abend Vereine und Bürger die Räumlichkeiten als Veranstaltungsflächen nutzen könnten.

Für die temporären und unregelmäßigen Veranstaltungen am Wochenende sowie Abende werden die 8 bestehenden Parkplätze am Gebäude ausreichen. Auch ist zu überlegen, ob die Räumlichkeiten am Wochenende der Jugend von Unterföhring zugänglich gemacht werden können (bspw. den Jugendabteilungen der Vereine, Burschenverein etc.).

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Für die Nutzung durch Gemeinde und Parteien stehen außerdem auch die Parkplätze am Rathausparkplatz und in der Tiefgarage des Rathauses zur Verfügung (Antizyklus). Für die Nutzung durch Unterföhringer Vereine steht auch die Bürgerhausgarage zur Verfügung.“

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Änderungsantrags abstimmen:

Beschluss: 14: 9

Nachdem der Änderungsantrag zur Beratung und Abstimmung zugelassen wurde, lässt der Vorsitzende nunmehr inhaltlich über den Antrag abstimmen:

Beschluss: 8:15

Nachdem der Änderungsantrag keine Mehrheit fand gilt er als abgelehnt.

#### Ergänzungsantrag der CSU-Fraktion

Der Vorsitzende gibt einen Ergänzungsantrag der CSU-Fraktion vom 06.04.2017 bekannt. Der Antrag lautet wie folgt:

„der Gemeinderat möge beschließen:

das die Variante gemäß beiliegendem Entwurf (2 Alternativen) der CSU-Fraktion zum Neubau des gemeindlichen Objekts „Gockl“ im Charakter des ursprünglichen Gasthauses und Metzgerei zum Gocklwirt um 1950 mit EG, 1.0G und DG an der Münchner Strasse 73 und Realisierung notwendiger Stellplätze ohne Tiefgarage auf den gemeindlichen Grundstücken weiterverfolgt wird.

Begründung:

Der Neubau soll dem Charakter des ursprünglichen Gasthauses und Metzgerei zum Gocklwirt um 1950 mit EG, 1.0G und DG und den dafür notwendigen oberirdischen Stellplätzen ohne Tiefgarage entsprechen. Die auf den Alternativen dargestellte Abbildung kommt dem Charakter sehr nahe.

Mit den 6 bereits bestehenden Stellplätzen entlang der Münchner Strasse können max. 33 oberirdische Stellplätze rund um das neu zu erstellenden Gebäude realisiert werden. Hierfür soll der kurze Teil des Kirchenwegs im nördlichen Bereich der jetzigen Metzgerei (gegenüber Kirchenweg 9 und 11) als Einbahnstraße ausgeführt werden. In den vorliegenden 2 Alternativen wurde die Einbahnstraße einmal in Richtung West-Ost und einmal Ost-West mit den entsprechend befahrbaren Stellplätzen dargestellt. Schon heute ist dieser Teil des Kirchenwegs aufgrund der längsparkenden Fahrzeuge nur einspurig mit sehr schlechter Einsehbarkeit der Fahrstrecke befahrbar. Dies kann durch eine Einbahnstraße verbessert werden. Die Befahrung des

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Kirchenwegs von der Seite des Kriegerdenkmals ist uneingeschränkt im Gegenverkehr fürs 400 Kfz/h bei einer Straßenbreite von 4,50 m möglich. Die Stellplätze können durch Unterteilungen mit Hecken und vereinzelt Bäumen optisch attraktiv gestaltet werden.

Das Konzept der Nutzung des Gebäudes soll auf die maximal mögliche Realisierung der oberirdischen Stellplätze (hier: max. 33 Stellplätze) entwickelt werden.

Durch einen Neubau im Charakter des ursprünglichen „Gockl“ und den oberirdischen Stellplätzen wird einer sehr aufwendigen und überaus kostenintensiven Realisierung von Tiefgaragenstellplätzen entgegengewirkt.“

Der Vorsitzende weist auf die Anlagen zum Antrag (Entwurf (Lageplan) mit Abbildung in 2 Alternativen zum Neubau des gemeindeeigenen Objektes an der Münchner Strasse 73) hin.

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Ergänzungsantrages abstimmen:

Beschluss: 23:0

Nachdem der Ergänzungsantrag zur Beratung und Abstimmung zugelassen wurde, lässt der Vorsitzende nunmehr inhaltlich über den Antrag abstimmen:

Beschluss: 12:11

Die Variante gemäß beiliegendem Entwurf (2 Alternativen) der CSU-Fraktion zum Neubau des gemeindlichen Objekts „ Gockl“ im Charakter des ursprünglichen Gasthauses und Metzgerei zum Gocklwirt um 1950 mit EG, 1.0G und DG an der Münchner Strasse 73 und Realisierung notwendiger Stellplätze ohne Tiefgarage auf den gemeindlichen Grundstücken wird weiterverfolgt.

#### Antrag zur Geschäftsordnung

Das Gemeinderatsmitglied Herr Peischl stellt gemäß § 22 Abs. 3 einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Zusätzlich zur beschlossenen Variante in Form des Ergänzungsantrages der CSU-Fraktion (Neubau des gemeindlichen Objekts „ Gockl“ im Charakter des ursprünglichen Gasthauses und Metzgerei zum Gocklwirt um 1950 mit EG, 1.0G und DG an der Münchner Strasse 73 und Realisierung notwendiger Stellplätze ohne Tiefgarage auf den gemeindlichen Grundstücken) soll diese mit einer Tiefgarage weiterverfolgt werden.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages abstimmen:

Beschluss: 23:0

Nachdem der Geschäftsordnungsantrag zur Beratung und Abstimmung zugelassen wurde, lässt der Vorsitzende nunmehr inhaltlich über den Antrag abstimmen:

Beschluss: 15:8

Zusätzlich zur beschlossenen Variante in Form des Ergänzungsantrages der CSU-Fraktion (Neubau des gemeindlichen Objekts „Gockl“ im Charakter des ursprünglichen Gasthauses und Metzgerei zum Gocklwirt um 1950 mit EG, 1.OG und DG an der Münchner Strasse 73 und Realisierung notwendiger Stellplätze ohne Tiefgarage auf den gemeindlichen Grundstücken) wird diese mit einer Tiefgarage weiterverfolgt.

Beschlussempfehlung Meinungsbild des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 21.02.2017, Nr. 372

Beschluss: 15:7

Der Gemeinderat folgt dem Meinungsbild des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses aus der Sitzung vom 21.02.2017, Nr. 372, und spricht sich dafür aus, dass die Varianten A1 und A2 Architekturbüro Hall, München, weiterverfolgt werden sollen.

Bei der Beratung und Beschlussfassung hat das Gemeinderatsmitglied Herr Klietsch den Sitzungssaal verlassen und nicht teilgenommen.

AZ 622  
Bauamt

#### 554 19 Auszahlung in die Kapitalrücklage der GEOVOL Unterföhring GmbH

Der Vorsitzende erläutert, dass im Haushalt 2017 Mittel für Investitionskosten der GEOVOL Unterföhring GmbH in Höhe von 6,0 Mio. € eingestellt wurden.

Mit Schreiben vom 03.03.2017 teilt der Geschäftsführer der GEOVOL Unterföhring GmbH, Herr Lohr, mit, dass die Themen "Verwarentgelt" und "Bankenfreibetrag" auch die Liquiditätsplanungen der GEOVOL Unterföhring GmbH beeinflussen.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Er stellt daher den Antrag, die Auszahlungsmodalitäten für 2017 zu ändern und die Teilbeträge anstatt wie bisher von 2 Raten jährlich á 3 Mio. € auf 4 Raten jährlich á 1,5 Mio. € auszusahlen.

Als optimale Auszahlungstermine nennt Herr Lohr Mitte April / Mitte Juni / Mitte September sowie Mitte November.

Die Mittel sollen für den Leitungsbau 2017 (Mitterfeldallee, Straßäckerallee, Hofäckerallee, Münchner Straße sowie diverse Hausanschlüsse) verwendet werden.

Die Verwaltung schlägt folgende Auszahlungstermine in die Kapitalrücklage der GEOVOL Unterföhring GmbH á 1,5 Mio. € in 2017 vor:

1. Rate: 13.04.2017
2. Rate: 14.06.2017
3. Rate: 15.09.2017
4. Rate: 15.11.2017.

Beschluss: 19 : 0

Der Auszahlung 2017 als Zuführung in die Kapitalrücklage der GEOVOL Unterföhring GmbH in 4 Teilraten á 1,5 Mio. € wird zugestimmt.

Folgende Ratenzahlung wird festgelegt:

1. Rate: 13.04.2017
2. Rate: 14.06.2017
3. Rate: 15.09.2017
4. Rate: 15.11.2017.

Die Abwicklung hat über die Haushaltsstelle 8140.9300 zu erfolgen.

Bei der Beratung und Beschlussfassung haben die Gemeinderatsmitglieder Frau Guist, Herr Post, Herr Unterstein sowie Herr Klietsch den Sitzungssaal verlassen und nicht teilgenommen.

AZ 916  
Finanzen

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr.      Anwe-  
              send

### Vortrag - Beschluss

---

|     |    |   |
|-----|----|---|
| 555 | 22 | <b><u>Wahl des Seniorenbeirats Unterföhring; Festlegung des Wahltermins</u></b> |
|-----|----|---|

Der Vorsitzende bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 09.03.2017 Nr. 537 in Erinnerung. Hierbei wurde der Neuerlass der Seniorenbeiratssatzung für den Seniorenbeirat der Gemeinde Unterföhring beschlossen. Die Seniorenbeiratssatzung wurde zwischenzeitlich ausgefertigt, bekannt gemacht und ist zum 01.04.2017 in Kraft getreten.

Die Amtszeit des bisherigen Seniorenbeirates endete am 31.03.2017. Für die anstehenden Neuwahlen sind die Bestimmungen der Seniorenbeiratssatzung vom 09.03.2017 anzuwenden. Insbesondere wird auf Nr. 3. (Wahlverfahren) der Seniorenbeiratssatzung verwiesen.

Die Senioren in der Gemeinde Unterföhring wählen in geheimer Urwahl im Rahmen eines öffentlichen Wahlverfahrens in Form einer Briefwahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes.

Die Gemeindeverwaltung ist für die Durchführung und Organisation der Wahl verantwortlich. Gemäß der im Wahlverfahren festgelegten Fristen (Nr. 3.2 der Seniorenbeiratssatzung) und der erforderlichen Vorbereitungszeit schlägt die Verwaltung hierbei als Wahltermin Montag, den 10.07.2017, 17:30 Uhr (spätester Rückgabetermin der Briefwahlunterlagen) vor.  
Die Auszählung und Ergebnisfeststellung ist für Dienstag, 11.07.2017 vorgesehen.

Der Beginn der Amtszeit des neugewählten Seniorenbeirats wird auf den 01.08.2017 festgelegt. Die Amtszeit beträgt 3 Jahre (Nr. 2.5 der Seniorenbeiratssatzung)

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung der Verwaltung.

Als Wahltermin für die Wahl des Seniorenbeirates der Gemeinde Unterföhring wird Montag, der 10.07.2017, 17:30 Uhr (spätester Rückgabetermin der Briefwahlunterlagen) festgelegt.  
Die Auszählung und Ergebnisfeststellung erfolgt am Dienstag, 11.07.2017.

Bei der Beratung und Beschlussfassung hat das Gemeinderatsmitglied Frau Fister den Sitzungssaal verlassen und nicht teilgenommen.

AZ 0250  
Hauptamt

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

556      23      **Entscheidung über den Antrag der CSU-Fraktion auf Gründung einer kommunalen Bau- und Entwicklungsgesellschaft**

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 13.4.2016, Nr. 377, in Erinnerung in welchem u.a. beschlossen wurde, dass eine Fachkanzlei mit der Prüfung zu beauftragen ist, unter welchen rechtlichen, organisatorischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen die Gründung einer kommunalen Bau- und Entwicklungsgesellschaft in Betracht kommt und für Unterföhring zielführend ist.

Mit dieser Aufgabenstellung wurde die Kanzlei Becker Büttner Held Rechtsanwälte · Wirtschaftsprüfer · Steuerberater, München, Herr Dr. Reicherzer beauftragt.

Herr Dr. Reicherzer und Frau Weichl Rechtsanwältin und Steuerberaterin der Kanzlei Becker Büttner Held Rechtsanwälte · Wirtschaftsprüfer · Steuerberater, München, stellte das Ergebnis der fachlichen Prüfung dem Gemeinderat in seiner Sitzung am 09.02.2017 (GR- Nr. 513) vor. Eine Beschlussfassung wurde diesbezüglich nicht gefasst.

Der Gemeinderat hat nun eine Entscheidung zu treffen ob eine „Kommunale Bau- und Entwicklungsgesellschaft“ gegründet werden soll.

Beschluss: 17 : 6

Auf Grund der schriftlichen Zusammenfassung vom 01.02.2017 sowie der Erläuterungen von Herrn Dr. Reicherzer und Frau Weichl, Kanzlei Becker Büttner Held Rechtsanwälte · Wirtschaftsprüfer · Steuerberater, München, vom 09.02.2017 spricht sich der Gemeinderat ausdrücklich dafür aus, keine kommunale Bau- und Entwicklungsgesellschaft zu gründen.

AZ 872  
Bauamt

557      22      **Realisierung von Hort-/Mittagsbetreuungsplätzen an der Schulstraße; Durchführung eines Architektenwettbewerbs**

Der Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 08.12.2016, wonach die Gebäude für die Nachmittagsbetreuung (Module und das sog. Engelhardthaus) auf dem bisherigen Grundstück an der Schulstraße abgerissen werden und das Stammhaus (Hort) bestehen bleiben soll und als Teil der Neuplanungen zu berücksichtigen ist.

Weiter wird der Antrag der SPD-Fraktion vom 03.09.2015 in Erinnerung gebracht, nachdem hierfür ein nichtoffener Architektenwettbewerb im kooperativen Verfahren durchzuführen ist.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Bürgermeister erläutert folgende Verfahrensarten nach der Richtlinie für Planungswettbewerbe (RPW):

#### Nichtoffener Wettbewerb gemäß § 3 Abs. 3 RPW

Auslober fordern interessierte Fachleute öffentlich zur Bewerbung auf. In der Wettbewerbsbekanntmachung bzw. der Aufforderung zur Bewerbung sind die angestrebte Zahl an Teilnehmer, die vorzulegenden Nachweise, das zur Auswahl der Teilnehmer angewandte Verfahren sowie ggf. die Namen bereits vorausgewählter Teilnehmer anzugeben. Die Teilnehmerzahl soll der Größe und Bedeutung der Wettbewerbsaufgabe angemessen sein. Auslober wählen die Teilnehmer anhand eindeutiger, nicht diskriminierender, angemessener und qualitativer Kriterien aus dem Kreis der Bewerber aus. Bei der Auswahl können vom Auslober unabhängige, nicht dem Preisgericht angehörende Fachleute mit der Qualifikation der Teilnehmer beratend einbezogen werden. Bereits vorausgewählte Teilnehmer müssen die gestellten Anforderungen und Kriterien ebenfalls erfüllen. Ist die Bewerberanzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend dieser Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden.

#### Kooperatives Verfahren gemäß § 3 Abs. 5 RPW

Wenn eine Aufgabe oder ihre Ziele vom Auslober nicht eindeutig definiert werden können, z.B. bei städtebaulichen Aufgaben, kann er das kooperative Verfahren wählen. Besonderes Kennzeichen ist die schrittweise Annäherung an Aufgabe und Ziele in einem Meinungsaustausch zwischen den Beteiligten. Dabei müssen alle Teilnehmer auf dem gleichen Informationsstand gehalten werden. Die Anonymität kann ausnahmsweise, z.B. zur Präsentation von Zwischen- und Endergebnissen, aufgehoben werden. Bei Wettbewerben der öffentlichen Auslober im Anwendungsbereich der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) ist das Kooperative Verfahren nicht anzuwenden.

Da die Aufgabenstellung inzwischen formuliert wurde, empfiehlt der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München ein nichtoffenes Verfahren nach § 3 Abs. 3 RPW mit Rückfragenkolloquium und Ortstermin mit 16-18 Büros.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München an, dass für die Realisierung der Hort-/Mittagsbetreuungsplätze an der Schulstraße ein nichtoffenes Verfahren nach § 3 Abs. 3 RPW mit Rückfragenkolloquium und Ortstermin mit 16-18 Büros durchzuführen ist.

Der entsprechende Gemeinderatsbeschluss vom 16.03.2016, Nr. 362, wird bezüglich kooperativen Verfahrens (§ 3 Abs. 5 RPW) aufgehoben.



## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Bei der Beratung und Beschlussfassung hat das Gemeinderatsmitglied Herr Ilmberger den Sitzungssaal verlassen und nicht teilgenommen.

AZ 6100  
Bauamt

558

23

#### **Sportpark Unterföhring; Benennung des Preisgerichts und Festlegung des Auslobungstextes für die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen**

Der Vorsitzende erinnert vorab an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 08.12.2016, Nr. 490:

Das Gremium folgt dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von Bündnis90/DIE GRÜNEN und PWU vom 23.11.2016, dass im künftigen Sportpark an der Mitterfeldallee ein öffentliches Hallenbad realisiert werden soll. Dabei soll ein wettkampftaugliches Lehrschwimmbecken (Sportbecken) mit sechs Bahnen, ein Sprungturm mit 3 Meter Höhe mit der erforderlichen Beckentiefe, ein Nichtschwimmerbecken, eine Wasserrutsche, ein Saunabereich (somit kann die geplante Vereinssauna im Sportpark entfallen) sowie die entsprechenden Nebenflächen (Umkleiden, Duschen, Toiletten etc.) als Grundlage für das zu realisierende Hallenbad mitberücksichtigt werden. Die bisherigen Gemeinderatsbeschlüsse sind dahingehend aufzuheben bzw. anzupassen.

Vom 08.12.2016, Nr. 491:

Der Gemeinderat stimmt der vorgestellten Rahmenplanung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand 01.12.2016 mit folgenden Änderungen zu: Im künftigen Sportpark an der Mitterfeldallee ist ein öffentliches Hallenbad zu realisieren. Dabei soll ein wettkampftaugliches Lehrschwimmbecken (Sportbad) mit sechs Bahnen, ein Sprungturm mit 3 Meter Höhe mit der erforderlichen Beckentiefe, ein Nichtschwimmerbecken, eine Wasserrutsche, ein Saunabereich (somit kann die geplante Vereinssauna im Sportpark entfallen) sowie die entsprechenden Nebenflächen (Umkleiden, Duschen, Toiletten etc.) als Grundlage für das zu realisierende Hallenbad mitberücksichtigt werden. Die vorgestellte Rahmenplanung, Stand 01.12.2016, ist als Bestandteil des Auslobungstextes für die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für die Realisierung des Sportparks aufzunehmen.

Vom 08.12.2016, Nr. 492:

Auf Grund der heutigen Beschlüsse in Tagesordnungspunkt 3 (Antrag der Fraktionen von B90/DIE GRÜNEN und PWU zur "Errichtung eines Hallenbades im künftigen Sportpark Unterföhring an der Mitterfeldallee") und 4.1 (Sportpark Unterföhring; Vorstellung der Rahmenplanung) ergibt sich der Bedarf einer neuen Raumplanung für Teilbereiche des Sportparks.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Diese sind vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München zu erstellen und dem Gremium in der Sitzung des Gemeinderates am 09.02.2017 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Die Behandlung des Tagesordnungspunktes wird daher entsprechend zurückgestellt.

Vom 12.01.2017, Nr. 508:

Der Gemeinderat beschließt den Bekanntmachungstext zur Errichtung eines Sportparks in Unterföhring im EU-Amtsblatt, Stand 23.09.2016, veröffentlicht am 12.10.2016, aufzuheben. Die Bekanntmachung ist unter Abschnitt II.2.4) Beschreibung der Beschaffung wie folgt zu ändern:

- Angabe „Lehrschwimmbecken“ entfällt
- Änderung in „öffentliches Hallenbad“ mit folgenden Eckpunkten:
  - wettkampftaugliches Lehrschwimmbecken (Sportbecken) mit sechs Bahnen
  - Sprungturm mit 3 Meter Höhe mit der erforderlichen Beckentiefe
  - Nichtschwimmerbecken
  - Wasserrutsche
  - Saunabereich (geplante Vereinssauna im Sportpark entfällt)
  - entsprechenden Nebenflächen (Umkleiden, Duschen, Toiletten etc.),

unter Abschnitt II. 2.4 Laufzeit des Vertrages, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems ist der Beginn 24.07.2017 sowie unter Abschnitt IV.2.2 ist der Schlusstermin für die Einreichung der Angebote oder Teilnahmeanträge auf den Tag: 28.02.2017 festzusetzen. Der Beschluss des Gemeinderates vom 28.09.2016, Nr. 458, ist dahingehend aufzuheben. Der geänderte Bekanntmachungstext ist ab 13.01.2017 erneut im EU-Amtsblatt zu veröffentlichen.

Sowie vom 09.02.2017; Nr. 531:

Der Gemeinderat stimmt dem Auslobungstext mit Stand vom 24.01.2017, den Anmerkungen der PWU-Fraktion, eingegangen mit E-Mail vom 07.02.2017, sowie den Anregungen aus dem Gremium dem Grunde nach zu und beschließt für das zu errichtende Hallenbad im Sportpark an der Mitterfeldallee folgendes Raumkonzept als Teil des Auslobungstextes:

- 1 x 25m-Sportbecken mit 6 Bahnen, ohne Sprungturm, mit den Maßen 25m x 16,67m, Wassertiefen zwischen 1,35m – 1,80m
- 1 x Nichtschwimmer-/Lehrschwimmbecken ohne Hubboden, mit den Maßen 8m x 12,5m, Wassertiefen zwischen 0,80m – 1,20m, Einstieg über Treppenanlage
- 1 x Sprungturm 3m, mit eigenem Becken
- Plansch- und Kinderbereich, indoor, Wasserfläche ca. 60m<sup>2</sup> – 80m<sup>2</sup> + zusätzlich 80m<sup>2</sup> – 100m<sup>2</sup> umgebender Aufenthaltsbereich
- 1 x Kinderrutsche, ca. 2,5m – 5m
- 3 x klassische öffentliche Saunen (finnische Sauna, 60°, 90°, ...), ohne Außenbereich

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- 1 x Dampfbad, ohne Außenbereich
- Aufsichts-/Schwimmeisterraum, ca. 12m<sup>2</sup>
- Erste-Hilfe-Raum, ca. 12m<sup>2</sup>
- 2 x Abstell-/Lageraum, je ca. 15m<sup>2</sup> (1 x Wasserwacht, 1 x Gemeinde)
- Duschen und WC, ca. 40m<sup>2</sup> – 80m<sup>2</sup>
- Umkleideräume mit 2 x Sammelumkleiden, für je ca. 30 Personen, Einzelumkleiden und Familienumkleiden inkl. ca. 140 Schränken, ca. 80m<sup>2</sup> – 160m<sup>2</sup>
- Eltern-Kind-Zone (Wickeltisch, Stillecke)
- Eingangsbereich mit Personen- oder Automatenkasse, ca. 40m<sup>2</sup> – 80m<sup>2</sup>
- Gastronomiebereiche (1 x für Hallenbadbenutzer, Zugänge über Hallenbad und von außen (Eingangsbereich), 1 x Vereinsgastronomie, Zugang nur von außen (Eingangsbereich), gemeinsamer Küchen- und Servierbereich)
- Seniorengerechte Gestaltung

Die Zusammenfassung der con.pro GmbH (Raumprogram), Stand 06.02.2017, ist dem vorliegenden Auslobungstext als Anlage beizufügen.

#### Benennung des Preisgerichts

Seitens Projektsteuerer Hitzler Ingenieure und Verwaltung wird folgendes Preisgericht vorgeschlagen:

#### Fachpreisrichter mit Stimmrecht

- Herr Balda (Balda Architekten, Fürstenfeldbruck)
- Herr Vollmann (Krug Grossmann Architekten, München)
- Frau Lex-Kerfers (Lex Kerfers Landschaftsarchitekten, Bockhorn)
- Herr Rümpelein (Ver.de Landschaftsarchitektur, Freising)
- Herr Felix (Felix + Jonas Architekten, München)
- Herr Reichert (Bauer Kurz Stockburger + Partner, München)

#### Sachpreisrichter mit Stimmrecht

- Andreas Kemmelmeier, Erster Bürgermeister
- BÜNDNIS 90/GRÜNE: Gisela Fischer, Stellvertreter: Johannes Mecke
- CSU-Fraktion
- PWU-Fraktion
- SPD-Fraktion

#### Berater ohne Stimmrecht

- Vertreter Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München
- Vertreter des FC Unterföhring
- Vertreter des Rugbyclub Unterföhring
- Vertreter der Sommerstockschützen Unterföhring
- Vertreter des TSV Unterföhring
- Vertreter des 1. Schwimmverein Unterföhring e. V.
- Vertreter des Landratsamtes München

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

- Vertreter der Dragomir Stadtplanung (Bebauungsplan Schulcampus + Sportpark)
- Vertreter des Landschaftsarchitekturbüros Rockinger (Grünordnungsplan zum Bebauungsplan Schulcampus + Sportpark)
- Vertreter von Möhler + Partner, Beratende Ingenieure für Schallschutz und Bauphysik (Schallschutz Schulcampus + Sportpark)
- Vertreter der Firma con.pro GmbH Kommunalberatung (Hallenbad)
- Vertreter Projektsteuerer Hitzler Ingenieure
- Vertreter der Verwaltung, Bauamt

#### Festlegung des Auslobungstextes für die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen

Der Entwurf des Auslobungstextes, Stand: 28.03.2017 der Hitzler Ingenieure wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Besetzung des Preisgerichtes für den Neubau des Sportparks Unterföhring mit folgenden Mitgliedern zu:

#### Fachpreisrichter mit Stimmrecht

- Herr Balda (Balda Architekten, Fürstenfeldbruck)
- Herr Vollmann (Krug Grossmann Architekten, München)
- Frau Lex-Kerfers (Lex Kerfers Landschaftsarchitekten, Bockhorn)
- Herr Rümpelein (Ver.de Landschaftsarchitektur, Freising)
- Herr Felix (Felix + Jonas Architekten, München)
- Herr Reichert (Bauer Kurz Stockburger + Partner, München)

#### Sachpreisrichter mit Stimmrecht

- Andreas Kemmelmeier, Erster Bürgermeister
- BÜNDNIS 90/GRÜNE: Gisela Fischer, Stellvertreter: Johannes Mecke
- CSU-Fraktion: Herr Franz Solfrank, Stellvertreter Herr Lorenz Ilmberger
- PWU-Fraktion: Herr Manuel Prieler, Stellvertreter Herr Günter Peischl
- SPD-Fraktion: Herr Thomas Weingärtner, Stellvertreter Herr Manfred Unterstein

#### Berater ohne Stimmrecht

- Vertreter Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München
- Vertreter des FC Unterföhring
- Vertreter des Rugbyclub Unterföhring
- Vertreter der Sommerstockschützen Unterföhring
- Vertreter des TSV Unterföhring
- Vertreter des 1. Schwimmverein Unterföhring e. V.
- Vertreter des Landratsamtes München
- Vertreter der Dragomir Stadtplanung (Bebauungsplan Schulcampus + Sportpark)

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Vertreter des Landschaftsarchitekturbüros Rockinger (Grünordnungsplan zum Bebauungsplan Schulcampus + Sportpark)
- Vertreter von Möhler + Partner, Beratende Ingenieure für Schallschutz und Bauphysik (Schallschutz Schulcampus + Sportpark)
- Vertreter der Firma con.pro GmbH Kommunalberatung (Hallenbad)
- Vertreter Projektsteuerer Hitzler Ingenieure
- Vertreter der Verwaltung, Bauamt

#### Festlegung des Auslobungstextes für die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen

Der Gemeinderat stimmt dem Entwurf des Auslobungstextes, Stand 28.03.2017 mit folgenden Ergänzungen zu:

Zum Sprungturm mit 3m mit eigenem Becken, ist zusätzlich ein Sprungturm mit 1m im Becken des 3m Sprungturms mit einzuplanen.

Es sind sechs Bewerber (Teil II Ziffer 3 des Auslobungstextes) zur Teilnahme an der 2. Verfahrensstufe aufzufordern. (Analog des Schulcampus)

Als weiterer Berater ohne Stimmrecht, ist ein Vertreter der BRK-Wasserwacht Unterföhring zur Preisgerichtssitzung einzuladen.

AZ 611  
Bauamt

#### Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss

559 23 Neubau Tiefgarage am Bürgerfestplatz; weitere Festlegungen zur Ausstattung

#### Festlegungen zur Sanitärausstattung

Der Erste Bürgermeister bringt den Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 31.01.2017, Nr. 357, bestätigt durch den Beschluss des Gemeinderates vom 09.02.2017, Nr. 530, in Erinnerung, mit welchen der vorgelegten Entwurfsplanung mit Kostenberechnung nach DIN 276 der Objektplanung, Werner Consult, Wien, Stand 17/21.01.2017, sowie dem Prüfbericht mit Kostenberechnung der Projektsteuerung EDR GmbH; München, vom 24.01.2017, zugestimmt wurde.

In der vom Gemeinderat mit Beschluss vom 09.02.2017, Nr. 530, beschlossenen Kostenberechnung sind Kosten in Höhe von 56.394,10 € brutto für die Sanitärausstattung in Edelstahl enthalten.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Aufgrund Nutzerempfinden und als mögliche Kosteneinsparung wurde seitens der Fachplanung HLS, A & A GmbH & Co. KG, Höhenkirchen, eine alternative Sanitärausstattung in Porzellan erarbeitet, welcher eine Kosteneinsparung von 14.000,00 € brutto ermöglicht.

Weiter wurde die Frage hinsichtlich Einzel Urinale oder Urinalrinne gestellt.

Seitens Fachplanung HLS, A & A GmbH & Co. KG, Höhenkirchen, wird für eine Nutzung ohne Zeiteinschränkung in Bezug auf Robustheit und Langlebigkeit weiterhin eine Ausstattung in Edelstahl vorgeschlagen.

Dem Gremium wurde eine Bemusterungsliste Sanitär in Edelstahl, Stand 05.10.2016, sowie in Porzellan, Stand 02.03.2017, zugestellt.

Seitens Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass Einzelurinale bezüglich Wartung und Unterhaltung einzelne Anschlusspunkte ergeben wogegen eine Urinalrinne nur einfach an die Ver- und Entsorgung angeschlossen wird. Bei dauerhafter Nichtnutzung ist bei jedem Anschlusspunkt mit Austrocknung und folglich Geruchsentwicklung zu rechnen. Schamwände sind bei jeder Variante möglich.

Es wird für die Ausstattung der Sanitäranlagen grundsätzlich in Porzellan mit einer Urinalrinne mit Schamwänden vorgeschlagen.

#### Feststellung zu den Frauenparkplätzen

Mit dem Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.09.2016, Nr. 311, wurde beschlossen, dass ein Anteil an höher ausgeleuchteten Frauenparkplätzen vorzusehen ist.

Weiter wurde darauf hingewiesen, dass die Lage und die Anzahl der Frauenparkplätze dem Gremium noch zur Entscheidung vorzulegen sind. Seitens Verwaltung wurde aufgrund Raster und Wirtschaftlichkeit für generell höhere Ausleuchtung der Tiefgarage entschieden.

Seitens Elektroplanung, A+A GmbH & Co.KG, Höhenkirchen, wurde eine seitliche Platzierung der Frauenparkplätze in der Nähe des Haupttreppenhauses mit Aufzug (Treppenhaus 1) als empfehlungswert angesehen.

Seitens Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass in Bayern keine rechtliche Vorgabe für Frauenparkplätze existiert. In anderen Bundesländer werden mind. Anteil von 10%-30% angesetzt.

#### Feststellung zur Videoüberwachung

Durch die Objektplanung Werne Consult, Wien, und Elektroplanung, A+A GmbH & Co.KG, Höhenkirchen, wurde die Installation eine Videoüberwachung mit Aufzeichnung in der Tiefgarage oder Parkdeck angefragt, welche für Frauenparkplätze, Treppenhäuser, Aufzug und Kassenautomaten als sinnvoll erachtet werden.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Seitens Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass gemäß Art. 21a , bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG), zur Gewährleistung der Vertraulichkeit nur Polizei und berechtigten Personen von Sicherheitsbehörden zugriffrechte auf die Aufgezeichneten Daten zur Auswertung besitzen.

Der Server, welcher für die Aufzeichnung erforderlich ist, und ein Bildschirm sind aus datenschutzrechtlichen Gründen in einem verschlossenen System im Aufsichtsraum vorzusehen. Das System ist so eingerichtet, dass außer Polizei und berechtigten Personen keinen Zugriff auf die Videoüberwachungsanlage haben. Die Weitergabe von Daten ist im Rahmen des Art. 21a Abs. 3 BayDSG beschränkt.

Die Videoüberwachung bedarf der Freigabe durch den Datenschutzbeauftragten.

#### Standort für die Videoüberwachungsbereiche

Seitens Verwaltung werden für die Videoüberwachung folgende Standorte vorgeschlagen:

- Videoüberwachung aller sieben Treppenhäuser
- Videoüberwachung Aufzug
- Videoüberwachung für die Kassenautomaten
- Videoüberwachung von Frauenparkplätzen

Mit Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 28.03.2017 sprach sich das Gremium gemäß Bemusterungsliste der Fachplanung HLS A & A GmbH & Co. KG, Höhenkirchen, für die Ausstattung der Sanitäranlagen grundsätzlich in Porzellan aus. Es ist weiter eine Urinalrinne in Edelstahl mit Schamwänden vorzusehen. Die Sanitärgegenstände sind zu gegebener Zeit durch die ausführende Firma zu bemustern und durch die Verwaltung auszuwählen. Die Kosten sind unter der Haushaltsstelle 8719.9420 zu verbuchen.

Weiter schließt sich das Gremium der Empfehlung der rechtlichen Vorgaben für Frauenparkplätze in anderen Bundesländern mit einem Mindestanteil von 10 % der Gesamtparkplätze an.

Es sind 50 Stellplätze im UG als Frauenparkplätze in der Nähe von Treppenhaus 1 / Aufzug zu platzieren und auszuweisen.

Darüber hinaus wurde dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

Das Gremium spricht sich dem Grunde nach für eine Videoüberwachung unter Berücksichtigung der entsprechenden Datenschutzrechtlichen Bestimmungen mit entsprechender Hinweisbeschilderung in folgenden Bereichen aus:

- 7 x Treppenhäuser
- 1 x Aufzug
- 3 x Kassenautomaten

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

- Frauenparkplätze (10% der Stellplätze in der Tiefgarage, 50 Stellplätze im UG)

Es ist die technische Vorrüstung (Leerrohre, etc.) vorzusehen.

Es sind die Kosten einer Videoüberwachung zu ermitteln und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Beschluss: 21 : 1

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 28.03.2017 und spricht sich dem Grunde nach für eine Videoüberwachung unter Berücksichtigung der entsprechenden Datenschutzrechtlichen Bestimmungen mit entsprechender Hinweisbeschilderung in folgenden Bereichen aus:

- 7 x Treppenhäuser
- 1 x Aufzug
- 3 x Kassenautomaten
- Frauenparkplätze (10% der Stellplätze in der Tiefgarage, 50 Stellplätze im UG)

Es ist die technische Vorrüstung (Leerrohre, etc.) vorzusehen.

Es sind die Kosten einer Videoüberwachung zu ermitteln und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

AZ 621  
Bauamt



## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

- 560 23 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss**  
**Ortsrecht; Erlass einer gemeindlichen Stellplatzsatzung für das Gemeindegebiet Unterföhring**

Der Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 12.05.2016, Nr. 397, in dem dem Erlass einer gemeindlichen Stellplatzsatzung zugestimmt wurde, an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.09.2016, Nr. 318, nach dem die Thematik erneut zur Behandlung vorgelegt werden soll sowie an die Stellungnahme mit Anmerkungen des Landratsamts München, Frau Gnyp (E-Mailschreiben vom 28.06.2016 sowie telefonisch).

Der Bürgermeister erinnert ferner an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 21.02.2017, wonach seitens des Landratsamtes München noch die zugesagte rechtliche Stellungnahme insbesondere zur Ablösethematik aussteht. Nach telefonischen Rückfragen beim Landratsamt München kann auf Grund personeller Unterbesetzung nicht genannt werden, bis wann mit der Stellungnahme zu rechnen ist.

Die aktuell rechtskräftige Stellplatzsatzung, Stand: 17.05.2016, wurde den Gremiumsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt.

Des Weiteren erinnert der Bürgermeister an die Rückmeldungen der Fraktionen der CSU, SPD sowie der PWU hinsichtlich der Vorschläge zum Stellplatzschlüssel.

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss hat sich in seiner Sitzung am 28.03.2017 vorberatend mit dieser Thematik befasst. Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss empfiehlt hierbei dem Gemeinderat die Stellplatzsatzung in folgenden Teilen zu ändern:

- Auf das Fassungsdatum in der Präambel wird verzichtet.
- In § 2 Abs. 7 der Stellplatzsatzung wird ergänzt, dass der Raum vor Garagen oder Carports zur gleichen Wohneinheit gehören muss.
- § 3 Abs. 1 der Stellplatzsatzung (5m Vorgartenlinie) ist zu streichen.
- Der Stellplatzschlüssel ist wie folgt festzusetzen:

|     |  |  |
|-----|--|--|
| 1.1 | Einfamilienhäuser und Doppelhaushälften  | 2 Stellplätze  |
| 1.2 | Reihenhäuser   | 2 Stellplätze  |
| 1.3 | Mehrfamilienhäuser:<br>Wohnungen bis 60 m² Wohnfläche<br>Wohnungen größer als 60 m² Wohnfläche | 1 Stellplatz<br>2 Stellplätze<br>zzgl. jeweils 10 %<br>Besucherstellplätze |

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

|     |   |   |
|-----|---|---|
| 1.9 | Altenwohnheime  | 1 Stellplatz je 15 Betten, mindestens 3 Stellplätze zzgl. 10% Besucherstellplätze |
|     |   |   |
| 2.1 | Büro- und Verwaltungsräume allgemein  | 1 Stellplatz je 35 m <sup>2</sup> NF  |
| 2.2 | Räume mit erheblichem Besucherverkehr (Schalter-, Abfertigungs- oder Beratungsräume, Arztpraxen und dergl.) | 1 Stellplatz je 30 m <sup>2</sup> NF, mindestens 3 Stellplätze                    |
|     |   |   |
| 5.6 | Hallenbäder ohne Besucherplätze   | 1 Stellplatz je 10 Kleiderablagen   |
|     |   |   |
| 6.1 | Gaststätten   | 1 Stellplatz je 20 m <sup>2</sup> Gastfläche                                      |

- § 4 Stellplatzabläse bleibt wie bisher erhalten.

#### Antrag zur Geschäftsordnung

Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl stellt gemäß § 22 Abs. 3 einen Antrag zur Geschäftsordnung über getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte der Beschlussempfehlung.

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich gegen die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages auf getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte der Beschlussempfehlung kein Widerspruch erhebt.

Der Vorsitzende lässt nunmehr inhaltlich über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Beschluss: 23:0

Über die einzelnen Punkte der Beschlussempfehlung wird getrennt abgestimmt.

#### Einzelne Abstimmungen zur Beschlussempfehlung

Beschluss: 23:0

- Auf das Fassungsdatum in der Präambel wird verzichtet.
- In § 2 Abs. 7 der Stellplatzsatzung wird ergänzt, dass der Raum vor Garagen oder Carports zur gleichen Wohneinheit gehören muss.
- § 3 Abs. 1 der Stellplatzsatzung (5m Vorgartenlinie) ist zu streichen.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr.      Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

Der Stellplatzschlüssel ist wie folgt festzusetzen:

Beschluss: 23:0

|     |   |               |
|-----|---|---------------|
| 1.1 | Einfamilienhäuser und Doppelhaushälften | 2 Stellplätze |
| 1.2 | Reihenhäuser                            | 2 Stellplätze |

Beschluss: 19:4

|     |                                       |                          |                               |
|-----|---------------------------------------|--------------------------|-------------------------------|
| 1.3 | Mehrfamilienhäuser mit                |                          |                               |
|     | 1 bis 3 Wohnungen bis 60m² Wohnfläche | 1 Stellplatz je Wohnung  | zzgl. 10% Besucherstellplätze |
|     | ab 4 Wohnungen bis 60m² Wohnfläche    | 1 Stellplatz je Wohnung  | zzgl. 20% Besucherstellplätze |
|     | Wohnung größer 60m² Wohnfläche        | 2 Stellplätze je Wohnung | zzgl. 10% Besucherstellplätze |

Beschluss: 23:0

|     |                |  |
|-----|----------------|--|
| 1.9 | Altenwohnheime | 1 Stellplatz je 15 Betten, mindestens 3 Stellplätze<br>zzgl. 10% Besucherstellplätze |
|-----|----------------|--|

Beschluss: 8:15

|     |                                      |                          |
|-----|--------------------------------------|--------------------------|
| 2.1 | Büro- und Verwaltungsräume allgemein | 2 Stellplätze je 40m² NF |
|-----|--------------------------------------|--------------------------|

Nachdem dieser Beschluss keine Mehrheit fand bleibt folgender Stellplatzschlüssel hinsichtlich 2.1:

|     |                                      |                          |
|-----|--------------------------------------|--------------------------|
| 2.1 | Büro- und Verwaltungsräume allgemein | 1 Stellplatz je 35 m² NF |
|-----|--------------------------------------|--------------------------|

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 23:0

|     |   |  |
|-----|---|--|
| 2.2 | Räume mit erheblichem Besucherverkehr<br>(Schalter-, Abfertigungs- oder Beratungsräume,<br>Arztpraxen und dergl.) | 1 Stellplatz je 30 m <sup>2</sup><br>NF, mindestens 3<br>Stellplätze |
|-----|---|--|

Beschluss: 8:15

|     |                                 |                                     |
|-----|---------------------------------|-------------------------------------|
| 5.6 | Hallenbäder ohne Besucherplätze | 1 Stellplatz je 5<br>Kleiderablagen |
|-----|---------------------------------|-------------------------------------|

Nachdem dieser Beschluss keine Mehrheit fand bleibt folgender  
Stellplatzschlüssel hinsichtlich 5.6:

|     |                                 |                                      |
|-----|---------------------------------|--------------------------------------|
| 5.6 | Hallenbäder ohne Besucherplätze | 1 Stellplatz je 10<br>Kleiderablagen |
|-----|---------------------------------|--------------------------------------|

Beschluss: 21:2

|     |             |   |
|-----|-------------|---|
| 6.1 | Gaststätten | 1 Stellplatz je 20 m <sup>2</sup><br>Gastfläche |
|-----|-------------|---|

Beschluss: 17:6

- § 4 Stellplatzablässe bleibt wie bisher erhalten.

Beschluss: 23:0

- Die Stellplatzsatzung tritt zum 15.04.2017 in Kraft.
- Gleichzeitig tritt die Stellplatzsatzung Stand 17.05.2016 außer Kraft.

Der überarbeitete Entwurf der Stellplatzsatzung wird als Anlage zur  
Niederschrift erklärt und erhält als Fassungsdatum den 06.04.2017.

AZ 6100  
Bauamt

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

561      22      **Geburtenbaumprogramm der Gemeinde Unterföhring; Sachstand und weiteres Vorgehen**

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 10.07.1987, Nr. 657. Es wurde darin beschlossen, dass die Gemeinde zur Geburt eines Kindes, das den Wohnsitz in der Gemeinde Unterföhring hat, ab 01.01.1988 einen Laubbaum einschließlich Pflanzung spendet. Das Geburtenbaumprogramm war als Beitrag zur Förderung der Ortsbegrünung und Entwicklung eines verbesserten Ökologiebewusstseins bei Kindern und Erwachsenen gedacht. Die Pflanzung erfolgte damals auf dem Grundstück der Eltern oder, falls keines vorhanden war, auf dem eines Verwandten in Unterföhring. Falls überhaupt kein Grundstück vorhanden war, wurde der Baum auf einem öffentlichen Grundstück gepflanzt, wo gerade Platz war. Die Pflanzung erfolgte durch den Bauhof.

Da auf den öffentlichen Grundstücken bald immer weniger Platz war, wurde für das Geburtenbaumprogramm ab dem Jahr 1994 eine eigene Pflanzfläche zur Verfügung gestellt, und zwar auf dem „Eisweiher-Grundstück“ zwischen dem Etzweg und der Gleißbach (Größe ca. 7.000 m<sup>2</sup>). In den fünf Jahren zwischen 1994 und 2000 wurden dort ca. 250 Bäume gepflanzt.

Nach vollständiger Bepflanzung dieses Grundstücks wurde ab dem Jahr 2000 das Grundstück Fl.Nr. 780 „Oberer Moosanger“ südlich der M3 und nördlich der Hierlbachsiedlung mit einer Fläche von 12.453 m<sup>2</sup> als weitere öffentliche Fläche zur Pflanzung von Geburtenbäumen zur Verfügung gestellt. Dieses Grundstück war knapp 10 Jahre ausreichend für die Pflanzung von ca. 260 Bäumen.

Ab 2010 wurden die Geburtenbäume auf den Grundstücken Fl.Nr. 229/2, 231/2, 232/2, 233/2, 234/5, 234/6, 235/2, 236/2 und 237/3 am Etzweg östlich des Kleingewerbegebietes gepflanzt (Gesamtgröße ca. 17.000 m<sup>2</sup>). Bisher wurden dort ca. 480 Bäume gepflanzt. Die Frühjahrspflanzung Ende April 2017 kann dort noch untergebracht werden, dann ist auch dieses Grundstück voll.

In den letzten Jahren haben die Anzahl der Geburten und damit die Anzahl der zu pflanzenden Bäume stark zugenommen, auf derzeit ca. 100 Stück pro Jahr. Die Größe der neuen Geburtenbaumfläche sollte nach Möglichkeit für 5 Jahre ausreichend sein. Geht man von der derzeitigen Gesamtzahl aus (ca. 100 Stück pro Jahr) und von einer Pflanzfläche von ca. 25 m<sup>2</sup> pro Baum müsste die Fläche des Grundstücks ungefähr 12.000 m<sup>2</sup> betragen.

Für die Gemeinde stellt sich jetzt die Frage, wie sie mit dem Geburtenbaumprogramm weiter vorgehen soll? Soll, wie bisher, für jeden Neugeborenen ein Baum gepflanzt werden, dann wird ab der Herbstpflanzung 2017 ein neues Grundstück benötigt, dessen Größe für die nächsten Jahre ausreichen sollte.

Wichtig bei der Auswahl eines potentiellen Grundstücks ist auch die Nähe zur Wohnbebauung, da das Grundstück leicht zu Fuß erreicht werden sollte.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Die einzigen geeigneten Grundstücke, die der Gemeinde gehören und sich in fußläufiger Entfernung von der Wohnbebauung befinden, sind die Flur-Nrn. 846 und 895 zwischen dem Etzweg und dem Feringasee mit einer Gesamtgröße von ca. 10.000 m<sup>2</sup>. Die beiden Grundstücke werden zurzeit landwirtschaftlich bewirtschaftet. Andere Grundstücke müssten käuflich erworben werden.

Ein weiterer Vorteil einer zusätzlichen Geburtenbaumfläche wäre, dass laut Schreiben der Unteren Naturschutzbehörde vom 20.03.2017 die Geburtenbaumflächen zu 50 % als Ausgleichsflächen für das Ökokonto anerkannt werden könnten, wenn darauf „kräuterreiche Glatthaferwiesen angelegt werden. Die Flächen sind zweimal pro Jahr zu mähen, das Mähgut ist aufzunehmen und abzufahren“. Die Verwaltung weist darauf hin, dass aufgrund der ausstehenden Bauvorhaben zusätzliche Ausgleichsflächen dringend benötigt werden. Für die beiden Geburtenbaumflächen südlich der M 3 (Größe ca. 12.400 m<sup>2</sup>) und am Etzweg (Größe ca. 17.900 m<sup>2</sup>) würden demzufolge insgesamt ca. 15.000 m<sup>2</sup> als potentielle Ausgleichsflächen anerkannt werden. Ansaat und Pflege der Flächen müssten vom Bauhof durchgeführt werden. Eltern, die das Grundstück nach der Bepflanzung betreten möchten, müssen allerdings mit einem höheren Bewuchs der Flächen rechnen. Das gilt im Übrigen auch für die Grundstücksnachbarn, die eine Zunahme der Blütenpollen akzeptieren müssen.

Sollte ein neues Grundstück für die Geburtenbaumpflanzung nicht zur Verfügung gestellt werden, dann müsste sich die Gemeinde eine Alternative zur bisherigen Baumpflanzung überlegen. Eine Möglichkeit wäre, jedem Neugeborenen ein Geschenk zu machen, z.B. eine Topfpflanze, die sich die Eltern aussuchen können oder ein Bodenfliese mit den Daten des neugeborenen Kindes, das auf öffentlichen Wegen verlegt wird.

Mit Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017 sprach sich das Gremium grundsätzlich für die Fortsetzung des Geburtenbaumprogramms aus. Weitere gemeindliche Flächen werden nicht zur Verfügung gestellt, da sich diese in landwirtschaftlicher Bewirtschaftung befinden und verpachtet sind. Sofern keine Pflanzung auf privatem Grund erfolgen kann, sollen die Eltern des neugeborenen Kindes anstelle eines Baumes eine Topfpflanze erhalten. Alternativ wird als Geschenk ein Sparbuch mit Starteinlage angeregt.

Der Umwelt- und Energieausschuss beschloss weiter, dass die beiden alten Geburtenbaumgrundstücke am Etzweg und südlich der M 3 nach Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde mit einer Naturwiese bepflanzt werden, damit sie zukünftig zur Hälfte als Ausgleichsflächen anerkannt werden.

Dieser Beschluss ist dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Antrag zur Geschäftsordnung

Das Gemeinderatsmitglied Herr Ebert stellt gemäß § 22 Abs. 3 einen Antrag zur Geschäftsordnung über getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte der Beschlussempfehlung. Die getrennte Abstimmung soll wie folgt vorgenommen werden:

#### 1. Beschluss:

- die Beibehaltung des Geburtenprogramms (Pflanzung auf privaten Flächen)
- dass die bisherigen Geburtenbaumgrundstücke nach Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde als ökologische Ausgleichsflächen überplant werden.

#### 2. Beschluss:

- dass die Eltern des neugeborenen Kindes alternativ künftig eine Topfpflanze erhalten

#### 3. Beschluss:

- dass die Eltern des neugeborenen Kindes alternativ (und wahlweise anstatt der Topfpflanze) künftig ein Sparbuch (Wahl der Bank durch die Eltern; Betrag 50,--€) erhalten

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich gegen die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages auf getrennte Abstimmung kein Widerspruch erhebt.

Der Vorsitzende lässt nunmehr inhaltlich über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Beschluss: 22:0

Über die einzelnen Punkte der Beschlussempfehlung wird getrennt abgestimmt. Die getrennte Abstimmung wird wie folgt vorgenommen:

#### 1. Beschluss:

- die Beibehaltung des Geburtenprogramms (Pflanzung auf privaten Flächen)
- dass die bisherigen Geburtenbaumgrundstücke nach Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde als ökologische Ausgleichsflächen überplant werden.

#### 2. Beschluss:

- dass die Eltern des neugeborenen Kindes alternativ künftig eine Topfpflanze erhalten

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### 3. Beschluss:

- dass die Eltern des neugeborenen Kindes alternativ (und wahlweise anstatt der Topfpflanze) künftig ein Sparbuch (Wahl der Bank durch die Eltern; Betrag 50,--€) erhalten

#### Einzelne Abstimmungen zur Beschlussempfehlung

Der Gemeinderat nimmt den Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017 zur Kenntnis und beschließt,

#### Beschluss: 19:3

- die Beibehaltung des Geburtenprogramms (Pflanzung auf privaten Flächen)
- dass die bisherigen Geburtenbaumgrundstücke nach Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde als ökologische Ausgleichsflächen überplant werden.

#### Beschluss: 15:7

- dass die Eltern des neugeborenen Kindes alternativ künftig eine Topfpflanze erhalten

#### Beschluss: 12:10

- dass die Eltern des neugeborenen Kindes alternativ (und wahlweise anstatt der Topfpflanze) künftig ein Sparbuch (Wahl der Bank durch die Eltern; Betrag 50,--€) erhalten

Bei der Beratung und Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt war das Gemeinderatsmitglied Frau Rader nicht anwesend.

AZ 1735  
Bauamt



## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

562 23 **Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim - 37. Änderung des  
Flächennutzungsplans - Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der  
Träger öffentlicher Belange**

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 1 und 3 BauGB (Beteiligung der Behörden – Gemeinsame Vorschriften zur Beteiligung: Wird der Entwurf des Bauleitplans nach dem Verfahren nach § 3 Abs. 2 oder § 4 Abs. 2 geändert oder ergänzt, ist er erneut auszulegen und sind die Stellungnahmen erneut einzuholen.) im Rahmen der 37. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Aschheim „Sondergebiet und eingeschränktes Gewerbegebiet westlich der Mühlen, nördlich des Golfplatzes und östlich der M3“ erneut um Stellungnahme gebeten wird.

Die Planunterlagen, Stand: 17.11.2016, wurden den Gremiumsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende erinnert hier an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12.09.2013, Nr. 1022:

Im Rahmen der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Ausweisung von Gewerbeflächen als Nachfolgenutzung auf dem derzeit bestehenden Kieswerksgelände bzw. Kiesverarbeitungsgelände werden seitens der Gemeinde Unterföhring folgende ausdrückliche Einwendungen und Hinweise vorgebracht: Gegen die bestehende Nutzung (Asphalt-Mischwerk, Kiesabbau, Bodenrecycling o.ä.) bestehen keine Einwände. Unmittelbar an der Gemeindegrenze zu Unterföhring wird eine wesentlich geänderte oder erweiterte Nachfolgenutzung aus Erschließungsgründen als äußerst bedenklich angesehen und in dieser Form abgelehnt. Eine Zu- und Abfahrt, ausgelöst durch Verkehr zusätzlicher Nutzungsarten und Nutzungsflächen über Feldwege oder private Eigentümerwege, in Unterföhring lehnt der Gemeinderat entschieden ab.

sowie vom 13.02.2014, Nr. 1115:

Im Rahmen der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Ausweisung von Gewerbeflächen als Nachfolgenutzung auf dem derzeit bestehenden Kieswerksgelände bzw. Kiesverarbeitungsgelände hält die Gemeinde Unterföhring weiterhin an der Beschusslage fest und bringt folgende ausdrückliche Einwendungen und Hinweise vor: Gegen die bestehende Nutzung (Asphalt-Mischwerk, Kiesabbau, Bodenrecycling o.ä.) bestehen keine Einwände. Unmittelbar an der Gemeindegrenze zu Unterföhring wird eine wesentlich geänderte oder erweiterte Nachfolgenutzung aus Erschließungsgründen als äußerst bedenklich angesehen und in dieser Form weiterhin abgelehnt, da im Abwägungsbeschluss der Gemeinde Aschheim vom 05.11.2013 nur eine „Kann“-Erschließung in Aussicht gestellt wurde. Eine Zu- und Abfahrt, ausgelöst durch Verkehr zusätzlicher Nutzungsarten und Nutzungsflächen über Feldwege oder private Eigentümerwege, in Unterföhring lehnt der Gemeinderat weiterhin entschieden ab.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Das die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes umfassende Gebiet grenzt im Westen an das Planungsgebiet der 12. Flächennutzungsplanänderung, mit welchem die Gemeinde derzeit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des bestehenden Golfplatzes als Nachfolgenutzung für den Kiesabbau. Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange hat der Gemeinderat diesbezüglich in seiner Sitzung am 18.06.2015, Nr. 231, folgenden Beschluss gefasst:

Im Rahmen der 12. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Aschheim zur notwendigen Anpassung an die geänderten Planungsziele der verbindlichen Fortschreibung des Regionalplans, Kapitel B IV „Sicherung und Gewinnung von Bodenschätzen“ werden seitens der Gemeinde Unterföhring folgende ausdrückliche Einwendungen und Hinweise vorgebracht: Gegen die bestehenden Nutzungen (Golfgelände, Wasserflächen, Schweinemastbetrieb, Asphaltmischanlage, bereits bestehende kiesnahes und kiesverarbeitendes Gewerbe) sowie folgende geplante Nutzungen: Erweiterung Golfplatz, Ausgleichsflächen, Recyclinganlage für Baustoffe, Sondergebiet Photovoltaik, Biotopsee sowie die extensiven Grünbereiche bestehen keine Einwände. An der Gemeindegrenze zu Unterföhring wird eine wesentlich geänderte oder erweiterte Nachfolgenutzung (Gewerbegebiet) aus Erschließungsgründen als äußerst bedenklich angesehen und in dieser Form weiterhin abgelehnt. Eine Zu- und Abfahrt, ausgelöst durch Verkehr zusätzlicher Nutzungsarten und -flächen über Feldwege oder private Eigentümerwege in Unterföhring lehnt der Gemeinderat weiterhin entschieden ab. Der Gemeinderats-Beschluss vom 09.10.2014, Nr. 98 bleibt aufrecht erhalten. Darüber hinaus ist der landwirtschaftliche Fuß- und Radweg (Unterer Ascheimer Weg) zwingend aufrecht zu erhalten.

Die Gemeinde Aschheim plant mit der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes auf einer Fläche von 13,5ha:

- Ermöglichung der Nachfolgenutzung für den Kiesabbau durch Ausweisung eines „eingeschränkten Gewerbegebietes“ als Nachfolgenutzung des momentanen Kiesabbaus im Bereich der Firma Schöndorfer südlich der Werksstraße; hier sollen gemäß § 8 BauNVO als zulässig festgesetzt werden:
  - Gewerbebetriebe aller Art, soweit sie nach Art und Umfang mit den Tätigkeiten der Gewinnung, Verarbeitung, Bearbeitung, Herstellung, Recycling und Handel von Bau- und Bauhilfsstoffen, Kiesabbau und Wiederverfüllung in Verbindung stehen;
  - Handel, Instandhaltung und Reparatur von Anlagen, Baumaschinen, Maschinen und Fahrzeugen und deren Vorführung und Präsentation soweit sie für die im 1. Spiegelstrich genannten Tätigkeiten eingesetzt werden können;
  - Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem zulässigen Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber untergeordnet sind.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr.      Anwe-  
              send

### Vortrag - Beschluss

- Baurechtliche Absicherung des Bestands der Asphaltmischanlagen durch Ausweisung eines „Sondergebietes Asphaltmischanlage“ im Bereich des Betriebsgeländes der Firma Bayerische Asphaltmischwerke nördlich der Werksstraße; hier sollen gemäß § 11 BauGB als zulässig festgesetzt werden:
  - Anlagen zur Herstellung und zum Schmelzen von Mischungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen, ausgenommen Anlagen, die Mischungen in Kaltbauweise herstellen, einschließlich Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teersplittanlagen nach Anhang 1 Nr. 2.15 der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes einschließlich der zugehörigen Lagerflächen, Verwaltungs- und sonstiger Betriebsgebäude;
  - Lager- und Abstellflächen für Bau- und Bauhilfsstoffe, Kies sowie für Baumaschinen und -fahrzeuge.

Flächenbilanz:

| bisherige Darstellung:   | in ha | neue Darstellung:               | in ha |
|--|-------|---------------------------------|-------|
| • Fläche für die Landwirtschaft überlagert durch:  | 13,5  | • Sondergebiet Asphaltmischwerk | 4,7   |
| • Fläche für Abgrabung geplant   | -     | • Eingeschränktes Gewerbegebiet | 8,8   |
| • Kieswerke u. Bitumenmischanlage (zeitlich begrenzt mit Nachfolgenutzung Erweiterung Golfplatz) | -     |                                 |       |
|  | 13,5  |                                 | 13,5  |

Darüber hinaus wurde nun durch die OBERMEYER Planen + Beraten GmbH, München, ein Verkehrstechnisches Gutachten, Stand: 14.07.2016, vorgelegt, welches den Funktionsnachweis der Einmündung Kieswerk in die M3 unter Berücksichtigung der neu erstellten Lichtsignalanlage untersucht. Die Planungsgesellschaft kommt zu dem Schluss, dass mit den auf der sicheren Seite liegenden Verkehrsansätzen der signalisierte Knotenpunkt M3/Oberer Aschheimer Weg für das Prognosejahr 2030 in den Hauptverkehrszeiten noch ausreichend leistungsfähig ist. Eine Stellungnahme durch das Staatliche Bauamt Freising zum Gutachten liegt der Gemeinde nicht vor.

Bezüglich Umfang und Detaillierungsgrad der erforderlichen Umweltprüfung (Grünplan GmbH, Freising, Stand: 17.11.2016) und Immissionstechnischen Untersuchung (Möhler + Partner Ingenieure AG, München, Stand: 29.03.2016) gibt es aus Sicht des Sachgebietes Hochbau/Umwelt keine Anmerkungen.

Beschluss: 23 : 0

Im Rahmen der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Ermöglichung der Nachfolgenutzung für den Kiesabbau durch Ausweisung eines „eingeschränkten Gewerbegebietes“ als Nachfolgenutzung des momentanen Kiesabbaus im Bereich der Firma Schöndorfer südlich der

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Werksstraße sowie zur Baurechtliche Absicherung des Bestands der Asphaltmischanlagen durch Ausweisung eines „Sondergebietes Asphaltmischanlage“ im Bereich des Betriebsgeländes der Firma Bayerische Asphaltmischwerke nördlich der Werksstraße nimmt die Gemeinde Unterföhring wie folgt Stellung: Gegen die bestehende Nutzung (Asphaltmischwerk) bestehen keine Einwände.

Unmittelbar an der Gemeindegrenze zu Unterföhring wird eine wesentlich geänderte bzw. erweiterte Nachfolgenutzung aus Erschließungsgründen als äußerst bedenklich angesehen und in dieser Form weiterhin abgelehnt, da hier auch das Verkehrsgutachten der OBERMEYER Planen + Beraten GmbH, München, Stand: 14.07.2016, die Erschließungssituation lediglich als noch ausreichend leistungsfähig bezeichnet. Die Gemeinde erbittet hier eine Bestätigung des Gutachtens durch das Staatliche Bauamt Freising. Weiter regt die Gemeinde an, den entstehenden Verkehr östlich über das Aschheimer Gemeindegebiet zu leiten.

Eine Zu- und Abfahrt, ausgelöst durch Verkehr zusätzlicher Nutzungsarten und Nutzungsflächen über Feldwege oder private Eigentümerwege, in Unterföhring lehnt der Gemeinderat weiterhin entschieden ab. Darüber hinaus ist der landwirtschaftliche Fuß- und Radweg (Unterer Ascheimer Weg) zwingend aufrecht zu erhalten.

Die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12.09.2013, Nr. 1022, sowie vom 13.02.2014, Nr. 1115, bleiben weiterhin aufrecht erhalten.

AZ 6100  
Bauamt

563      22      **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 51a/17, New Campus ProSiebenSat. 1 an der Medienallee und Gutenbergstraße; Aufstellungsbeschluss**

Der Bürgermeister gibt den Antrag der Alpina Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Unterföhring KG, Mainz, vom 14.03.2017 (Geltungsbereich Stand 04.04.2017) zur Einleitung eines Bauleitverfahrens und Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 51a/17, New Campus ProSiebenSat. 1 an der Medienallee und Gutenbergstraße, Fl.Nrn. 198/10 TF, 205, 206, 208 TF, 209 und 211 TF, bekannt.

Ein Übersichtsplan des Architekturbüros Vielmo, Berlin, vom 21.02.2017, wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Gemäß Konzept der ARGE New Campus Kohlbecker Vielmo, Stuttgart und Berlin, plant die Antragstellerin im ersten Schritt das Baufeld West zu realisieren. Wesentliche Elemente des Konzeptes sind die zentral liegende Piazza Santa Clara sowie der neue Haupteingang an der Medienallee 1, der

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

durch ein auskragendes Dach, welches in den öffentlichen Straßenraum hineinragt, weithin erkennbar ist. Der Kopfbau beinhaltet weiterhin mehrere Studios sowie das Mitarbeiterrestaurant und ein Café. Die Bürobereiche werden in zwei Gebäudegruppen – nördlich und südlich des zentralen Campus – organisiert. Die Bürogebäude sind als offene Strukturen mäanderförmig organisiert und fördern somit in ihrer Grundstruktur die Kommunikation. Die horizontale Vernetzung im Areal erfolgt über das neue Rückgrat – der 7walk – der diagonal vom Haupteingang bis zukünftig in das Baufeld Ost alle Bereiche auf kürzestem Weg verbindet. Die horizontale Vernetzung des 7walks wird über Brücken, die die Bürogebäude Nord und Süd verbinden, ergänzt. Eine Besonderheit des Campuskonzepts ist das Dach des Mitarbeiterrestaurants in Form einer begehbaren Landschaftstreppe mit einer Landschaftsterrasse. Dieses Motiv erweitert die Qualität des Campus, da nun auf zwei Ebenen Aufenthaltsbereiche für Mitarbeiter und Besucher angeboten werden können. Über dem Restaurant befindet sich ein großzügiges Café mit direkter Anbindung zur Terrasse und der Piazza. Die Landschaftstreppe erzeugt eine besondere Aufenthaltsqualität im Arbeitsalltag, kann aber auch als Tribüne für Veranstaltungen auf dem Campus genutzt werden. Als architektonisches Highlight sieht das Konzept die Entwicklung von Denkkzellen (think tanks) vor - besondere Orte für besondere Denk- und Kommunikationsprozesse. Diese schließen sich wie Satelliten im Zentrum des gesamten Areals an die horizontalen Verbindungsstege an. Der Hauptzugang zum Campus West erfolgt unter dem großen Vordach am Beginn der Medienallee. Weitere Mitarbeiterzugänge sind vom zentralen S-Bahnhof und der Gutenbergstraße vorgesehen. Die Erschließung von Tiefgarage und Anlieferung erfolgt von der Gutenbergstraße. Die Realisierung des Campus West ist bedingt durch die betriebsinternen Notwendigkeiten von ProSiebenSat.1 in mindestens 2 Bauabschnitten vorgesehen.

Die weiteren Verfahrensschritte gemäß BauGB (Billigung, Auslegung, Abwägung) sind entsprechend der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2014 - 2020 vorzunehmen.

Beschluss: 22 : 0

Dem Antrag der Alpina Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Unterföhring KG, Mainz, vom 14.03.2017 (Geltungsbereich Stand 04.04.2017) zur Einleitung eines Bauleitverfahrens und Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 51a/17, New Campus ProSiebenSat. 1 an der Medienallee und Gutenbergstraße, Fl.Nrn. 198/10 TF, 205, 206, 208 TF, 209 und 211 TF, wird zugestimmt. Hierfür ist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan im Sinne der §§ 12 und 30 BauGB im Verfahren nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sowie §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB aufzustellen.

Für die Umsetzung der Maßnahme ist ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB mit der Vorhabenträgerin zu schließen.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Es sind die erforderlichen Fachplaner für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens sowie ein Rechtsbeistand zur Vorbereitung des Städtebaulichen Vertrages zu beauftragen.

Die entstehenden Kosten sind durch den Vorhabensträger zu erstatten.

Bei der Beratung und Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt war das Gemeinderatsmitglied Frau Mäusel nicht anwesend.

AZ 6100  
Bauamt

564

23

#### **Verabschiedung einer gemeinsamen Klimaschutzklärung 29++ Klima.Energie. Initiative.**

Der Erste Bürgermeister bringt das Schreiben des Landrates vom 09.03.2017 vor. Im Hinblick auf die Akzeptanz dieses Prozesses in der Bevölkerung und der Nutzung des Logos 29++ hält der Landrat es für sehr wichtig, dass der Landkreis beim Thema Klimaschutz gemeinsam auftritt und alle 29 Kommunen des Landkreises der gemeinsamen Klimaschutzklärung zustimmen.

Durch die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes im Jahr 2013 war zuvor immer deutlicher geworden, dass der Landkreis seine bisherige Zielsetzung, bis zum Jahr 2050 60 Prozent an Energie einzusparen, aufgrund der dynamischen Bevölkerungsentwicklung und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Produktivität wohl nicht erfüllen kann. Diese dann noch 40% Energieverbrauch sollten ab diesem Zeitpunkt vollständig durch regenerative Energien abgedeckt werden. In den Jahren 2005 bis 2010 ist der Energieverbrauch im Landkreis um 25% gestiegen. In insgesamt 14 Veranstaltungen und thematischen Workshops waren von März bis September 2016 alle interessierten Personen im Landkreis aufgerufen, ihre Ideen für die künftigen Bemühungen des Landkreises im Klimaschutz beizusteuern. Als Zeichen für die Neuausrichtung des Klimaschutzes im Landkreis wurden zu Beginn des Prozesses ein gemeinsames Logo und eine Wortmarke für die zukünftige Energievision entwickelt.

Die neue Bezeichnung „Klima.Energie.Initiative 29++“ verdeutlicht bereits im Namen, dass der Landkreis und seine Städte und Gemeinden die Umstellung der Energieversorgung auf nichtfossile, kohlenstofffreie Energieträger gemeinsam angehen und bei diesem Thema zusammen konkrete Impulse setzen wollen.

Die Gemeinsame Erklärung beinhaltet eine Reduzierung der jährlichen pro-Kopf-Emissionen im Landkreis München um 54% von 13 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahre 2010 auf 6 Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2030.

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

2005 wurde seitens der Gemeinde Unterföhring eine pro-Kopf-Emission von 15,6 Tonnen verzeichnet. 2010 betrug die pro-Kopf-Emission 18,5 Tonnen, für 2030 wären 8,5 Tonnen und weniger pro Einwohner das Ziel.

Beschluss: 22 : 0

Seitens der Gemeinde Unterföhring sind folgende Anmerkungen an den Landkreis München zu übersenden:

Unter Einhaltung von realistischen ökonomischen Bedingungen, welche die regionale Wirtschaftskraft stärken und eine hohe Lebensqualität im Landkreis sichern, werden die Ziele des Landkreis München als sehr ambitioniert angesehen. Die Ziele der Energieversion 2006 werden wahrscheinlich nicht erreicht, da im Zeitraum von 2005-2010 eine Energiezunahme um 25% bei einer Bevölkerungszunahme von nicht mal 5% verzeichnet wurde. Daher wird um eine erneute Überprüfung der Zielhorizonte gebeten. Es wird auch angeregt, ob nicht durch erreichbare Zwischenziele (exponentielle Einsparungsziele, nicht lineare Einsparungsziele mit der Zeit) im Landkreis München Anreize zur weiteren Umsetzung der Klima- und Energieinitiative sinnvoll sind. Bei der Setzung der neuen Ziele sollten auch aktuelle CO2 Werte von 2015 miteinbezogen werden. Es wird angeregt, auch mehr die Veränderungen der Automobilität einfließen zulassen. Stichwort – Strom als Kraftstoff.

Bei der Beratung und Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt war das Gemeinderatsmitglied Frau Mäusel nicht anwesend.

AZ 1711  
Bauamt

565      23      **Gesamtfortschreibung des Regionalplans für die Region München:  
Zweites Anhörungsverfahren**

Der Bürgermeister gibt das E-Mailschreiben des Regionalen Planungsverbands München vom 16.03.2017 zur Fortschreibung des Regionalplans der Region München bekannt, in dem die Gemeinde Gelegenheit erhält zur genannten Gesamtfortschreibung bis zum 15.05.2017 Stellung zu nehmen. Dem Gremium wurde die Karte 2 Siedlung und Versorgung des Fortschreibungsentwurfes des Regionalplans München zur Verfügung gestellt.

Der vollständige Entwurf der Gesamtfortschreibung ist unter [www.region-muenchen.com](http://www.region-muenchen.com) und [www.region.oberbayern.bayern.de](http://www.region.oberbayern.bayern.de) (Stichwort: Regionalplan München (14)) einsehbar.

Der Bürgermeister erläutert die folgenden Gegenstände der Gesamtfortschreibung:

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

1. Der Entwurf der Ziele und Grundsätze;
2. Die Begründung dazu inklusive Umweltbericht;
3. Die Karte inklusive Trenngrün und regionale Grünzüge.

Für die Gemeinde Unterföhring sind folgende Themenschwerpunkte im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Regionalplanes von Bedeutung:

#### B II Siedlung und Freiraum

##### Regionaler Grünzug „Grüngürtel Flughafen München / Erdinger Moos / Aschheimer Speichersee / Grüngürtel München-Nordost (12)“

Dieser regionale Grünzug stellt einen großräumigen, landschafts- und klimaökologischen Ausgleichsraum (Kaltluftentstehungsgebiet bzw. Frischluftproduktionsgebiet) für die umliegenden Siedlungen dar und entfaltet seine Wirkung bei Ost-/Nordost-Windlagen (austauscharme Hochdruckwetterlagen) auch im Bereich des Münchener Nordens. Die Funktion des regionalen Grünzugs steht den bereits bestehenden Siedlungseinheiten bzw. Ortsteilen innerhalb des regionalen Grünzugs nicht entgegen. Eine funktionsgerechte Entwicklung dieser Orte bleibt gewährleistet.

Abschnitt „Unterföhring/Aschheim-Ismaninger Speichersee“:

- Erholungsvorsorge mit der Notwendigkeit einer weiteren ökologischen Aufwertung des Naturraumes und Erschließung weiterer extensiver Erholungsmöglichkeiten (Rad- und Wanderwege).
- Großräumige Siedlungsgliederungsfunktion zwischen den Siedlungsschwerpunkten Unterföhring und Ismaning zur Vermeidung eines bandartigen Zusammenwachsens.

#### B III Verkehr und Nachrichtenwesen

##### Öffentlicher Verkehr

Z 2.1.3 Eine Express-Verbindung zum Flughafen ist zu errichten.

Zu Z 2.1.3 Eine Fahrt mit der S-Bahn vom Flughafen ins Stadtzentrum dauert knapp 40 Minuten. Mit der Errichtung einer Express-Verbindung lassen sich die Fahrzeit auf rund 25 Minuten verkürzen und der Schienenanteil des flughafenbezogenen Personenverkehrs deutlich steigern. Hierfür sind ostseitig (S 8) folgende Maßnahmen erforderlich/anzustreben:

- Ausbau der Strecke Hallbergmoos – Ismaning auf 160 km/h
- Wendeanlage am Flughafen
- Viergleisiger Ausbau Daglfing – Johanneskirchen.

Darüber hinaus ist es angezeigt, auch über die Regionsgrenzen hinaus, weitere Gebiete an den Flughafen anzubinden. Mit einem überregionalem Flughafenexpress (ÜFEX) kann dies bewerkstelligt werden.

Z 2.3.2 Das gesamte S-Bahn-Netz ist darüber hinaus so zu ertüchtigen, dass alle S-Bahnlinien zusammen mit möglichen Express-S-Bahnen mindestens sechs Fahrten je Richtung und Stunde aufweisen.



## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

G 2.3.4 Ein Nordring zwischen Allach bzw. Moosach und Johanneskirchen bzw. Unterföhring und ein Südring zwischen Giesing und Sendling sollen das bisherige S-Bahn- Netz ergänzen.

#### Individualverkehr

Z 3.4 Zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in den Siedlungen müssen Ortszentren und Wohngebiete auch durch den Bau von Ortsumgehungen vom KFZ-Verkehr entlastet werden. Das gilt insbesondere im Bereich hoch belasteter Streckabschnitte von Bundes- und Staatsstraßen.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Fortschreibungsentwurf des Regionalplans München, Stand 08.03.2017, zur Kenntnis. Im Textteil wird als Grundsatz unter Ziffer G 2.3.4 mit aufgeführt, dass ein Nordring zwischen Moosach und Johanneskirchen bzw. Unterföhring das bisherige S-Bahn-Netz ergänzen soll. Hier ist im Rahmen der Fortschreibung darzulegen, auf welcher Trassierung die Maßnahme künftig erfolgen soll. Eine Taktverdichtung (10-Minuten-Takt) auf der S-Bahnlinie S-8 zwischen Ostbahnhof und Flughafen wird zwingend gefordert und bei der Umsetzung einer Express-Verbindung ist Unterföhring als zwingender Haltepunkt vorzusehen. Bezug nehmend auf den Individualverkehr fordert die Gemeinde Unterföhring, dass Staats- und Kreisstraßen leistungsfähig bleiben (keine weiteren Anschlüsse).

Weitere Hinweise werden derzeit nicht vorgebracht.

AZ 6100  
Bauamt

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

566

23

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Bekanntgabe; Antrag der AGENDA 21 auf Hilfe für Somalia**

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der AGENDA 21, eingereicht durch Herrn Josef Trundt, vom 08.03.2017 auf „Hilfe für Somalia“ bekannt.

Der Antrag der AGENDA 21 lautet wie folgt:

„Es geht um Hilfe für Somalia! Wie Sie vielleicht den Nachrichten entnommen haben, zeichnet sich dort eine humanitäre Katastrophe ab von der vor allem Kinder betroffen sind. Aufgrund der dort herrschenden Dürre (und des Bürgerkrieges) gibt es kaum mehr eine Versorgung!

Quelle Tagesschau vom 26.02.2017: Babys sterben, Tierkadaver säumen die Straßen. Verzweifelte Nomaden winken mit leeren Wasserkannern, so beschreibt die Leiterin für Öffentlichkeitsarbeit von „Save the Children Deutschland“, Martina Dase, die Lage im Nordostern Somalias. Die Anzeichen für eine Hungersnot seien überdeutlich.

Analog zur Spende der Gemeinde für das durch Naturkatastrophen verwüstete Haiti, bitte ich den Gemeinderat auch in diesem Falle um eine großzügige Unterstützung zugunsten der Notleidenden in Somalia.“

Die Verwaltung hat die genannte Spende geprüft. Im Jahr 2010 wurden jeweils 1.000,00 € nach Haiti und an humedica e.V. gespendet.

Da in diesem Antrag jedoch kein konkretes Projekt für finanzielle Zuwendungen genannt ist, kann der Antrag in der vorliegenden Form nicht bearbeitet werden.

Ohne gesonderte Beschlussfassung stellt der Gemeinderat fest, dass der vorgelegte Antrag zu konkretisieren ist. In einer der nächsten Gemeinderatssitzung wird hierüber erneut beraten. Herr Trundt ist zu informieren.

AZ 914  
Finanzen

566

23

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Bekanntgabe; Rechtliche Würdigung des Haushaltes 2017**

Der Erste Bürgermeister informiert, dass der Haushalt mit Haushaltssatzung 2017 vom Landratsamt München am 09.03.2017 rechtsaufsichtlich behandelt und gewürdigt worden ist.

Er enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

Von Seiten der Rechtsaufsicht wurden drei Bemerkungen festgehalten:

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

- 1.) Nachreichung WiPlan 2017 und Jahresabschluss 2015 der GEOVOL;
- 2.) Anregung Gebühren-Neukalkulation (Bestattungswesen/Sportstätten);
- 3.) Nachreichung der Übersicht über den Stand der Bürgschaften;

Die Unterlagen zu den Punkten 1 und 3 werden umgehend nachgereicht.

Hinsichtlich der Gebühren im Bestattungswesen erfolgt die reguläre Neukalkulation im 5 Jahresrhythmus (2013 - 2018).

Bei den Sportstätten erscheint eine Neukalkulation in der laufenden Bauphase als nicht praktikabel.

AZ 941  
Finanzen

566 23

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Bekanntgabe; Bürgerwettbewerb zur Umgestaltung der Mitte des S-Bahn-Kreisels; Sachstandsbericht**

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 20.09.2016, Nr. 19, wobei sich das Gremium für die Prämierung des 1. Platzes für den Vorschlag Nr. 11 (eingereicht durch Bernhard Schmid, Bahnhofstr. 10, 85774 Unterföhring) ausgesprochen hat. Mit dem Verfasser des Vorschlages, Herrn Schmid, wurden inzwischen zwei Projektbesprechungen mit Vertretern des Umweltamtes und dem Technischen Tiefbauamt abgehalten. Zur Ermittlung der Grobkosten ist es erforderlich, den Ideenvorschlag u.a. hinsichtlich Größe, Material und weiteren Ausführungsdetail in Abstimmung mit Herrn Schmid zu konkretisieren. Alle Fragen zur technischen Umsetzbarkeit sind noch nicht final geklärt. Die Rechteübertragung wurde noch Ende 2016 schriftlich von Herrn Schmid an die Gemeinde Unterföhring (unbeschränkte Nutzungsrechte an sämtlichen Ergebnissen) vorgenommen. Die Bestandsvermessung wurde inzwischen durchgeführt und fließt in die weitere Planung mit ein. Mit deren Konkretisierung sollen im 2. Quartal 2017 dem Bauausschuss die Grobkosten zur weiteren Entscheidung vorgelegt werden.

AZ 6130  
Bauamt

## 40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

566

23

#### Bekanntgaben / Anfragen

#### Bekanntgabe; Ersatzbeschaffung für Unfallfahrzeug Vereinsbus M-U 1352

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass der Vereinsbus mit dem Kennzeichen M-U 1352, EZ 27.07.2016, KM 6.558 am 18.02.2017 bei einer Vereinsfahrt einen Kasko Unfallschaden hatte. Der von der Versicherungskammer Bayern beauftragte Sachverständige stellte fest:

|                 |                    |
|-----------------|--------------------|
| Reparaturkosten | 14.463,81 € brutto |
| Restwert        | 11.700,00 € brutto |

|                               |                           |
|-------------------------------|---------------------------|
| Erstattete Summe Versicherung | <u>26.463,81 € brutto</u> |
|-------------------------------|---------------------------|

|                        |                    |
|------------------------|--------------------|
| Wiederbeschaffungswert | 25.800,00 € brutto |
| Selbstbeteiligung      | 300,00 € brutto    |

|                              |                           |
|------------------------------|---------------------------|
| Kosten für Ersatzbeschaffung | <u>26.100,00 € brutto</u> |
|------------------------------|---------------------------|

Die Reparaturdurchführung ist aus wirtschaftlicher Sicht im Hinblick auf den Wiederbeschaffungswert möglich.

Die Verwaltung hat sich nach eingehender Prüfung der Wirtschaftlichkeit und der bestehenden Fürsorgepflicht gegenüber den Nutzern für die Ersatzbeschaffung eines sofort lieferbaren Neufahrzeuges entschieden und entsprechende Angebote angefordert.

AZ 6350  
Bauamt

566

23

#### Bekanntgaben / Anfragen

#### Anfragen

- Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl teilt mit, dass das Gemeinderatsmitglied Herr Schwarz für die zweite Hälfte der Legislaturperiode des Gemeinderates 2014-2020 den Fraktionsvorsitz der SPD-Fraktion Unterföhring übernehmen wird.

Stellvertreterinnen von Herrn Schwarz sind Frau Schödl und Frau Fister.

AZ 0241  
Hauptamt

## **40. Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### **Vortrag - Beschluss**

---

Nachdem keine weiteren Anfragen mehr vorliegen, beendet der Vorsitzende die heutige öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 00:05 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und guten Nachhauseweg.

---

Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister

---

Lothar Kipp  
Schriftführer